

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboonmentspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 M., bei Selbstabholung 1.05 M.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 M., bei Selbstabholung 1.15 M. — Durch die Post bezogen vierfachjährlich 8.45 M., für 1 Monat 1.15 M. (Poststempel vierfachjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Hörnsprecher: 12698.

Inserate kosten die 7gepaltene Petitzelle oder deren Raum 30 Pf., bei Platzvorschreit 35 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— M. jedes Tausend, bei Zellauslage 6.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer freih 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Hörnsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Hörnsprecher: 2721.

Preußische Neuorientierung.

Die neuen preußischen Wahlgesetzentwürfe.

Dem Preußischen Landtag sind heute drei Gesetzentwürfe zugetragen, und zwar:

Entwurf eines Gesetzes betreffend die Wahlen zum Hause der Abgeordneten.

Entwurf eines Gesetzes betreffend die Zusammensetzung des Herrenhauses;

Entwurf eines Gesetzes betreffend das Staatsrecht des Herrenhauses.

Der § 1 des Wahlgesetzentwurfs sieht vor, daß zum Abgeordnetenhaus wahlberechtigt ist jeder Preuße, der die Staatsangehörigkeit seit wenigstens drei Jahren, das 25. Lebensjahr vollendet hat und in der betreffenden Gemeinde seit einem Jahre seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat.

Der Wahlbezirk soll zum Zwecke der Stimmenabgabe in Stimmbereiche geteilt werden, die möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen sollen; jedoch können größere Gemeinden in mehrere Stimmbereiche geteilt, kleine Gemeinden mit benachbarten Gemeinden zu einem Stimmbereich vereinigt werden.

Bei den Bestimmungen über die Wählerlisten ist vorgesehen, daß bei einzelnen Neuwahlen, die innerhalb eines Jahres nach der letzten allgemeinen Wahl stattfinden, die leichten Wählerlisten gelten sollen.

Die Abgeordneten gehen aus unmittelbaren Wahlen hervor.

Wählbar ist jeder Preuße, der das 30. Lebensjahr vollendet hat, das Wahlrecht besitzt und seit wenigstens drei Jahren preußischer Staatsangehöriger ist.

Die Wahlen erfolgen durch verdeckte Stimmentzettel.

Die Wahl soll also eine gleiche, geheime und direkte sein. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte aller im Wahlbezirk für die Abgeordnetenstelle abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat (abgesehen von mehrheit).

Verbunden mit diesen Bestimmungen ist eine geringe Vermehrung der Abgeordnetenzahl, nämlich um zwölf, das heißt, es sollen die Wahlbezirke Potsdam Nr. 9 (Teltow-Beeskow), Potsdam Nr. 10 (Charlottenburg), Potsdam Nr. 11 (Schöneberg-Hennigsdorf), Oppeln Nr. 5, Oppeln Nr. 11, Schleswig Nr. 14, Kreisberg Nr. 10, Kreisberg Nr. 11, Köln Nr. 1, Düsseldorf Nr. 5, Düsseldorf Nr. 18 und Düsseldorf Nr. 15 je einen Abgeordneten mehr wählen als bisher.

Die Zusammensetzung des Herrenhauses soll künftig folgende sein:

Es sollen ihm angehören außer den Königlich und Fürstlich Hohenzollernschen volljährigen Prinzen

10 Mitglieder als Vertreter der vormaligen reichständischen Häuser.

24 Mitglieder als Vertreter der Fürsten, Grafen und Herren.

26 Mitglieder als Vertreter der mit erblicher Berechtigung dem Herrenhaus angehörenden Personen und Geschlechter.

36 Bürgermeister größerer Städte.

36 Besitzer ländlicher Grundstücke, die einen Umfang von mindestens 100 Hektar haben und bereits 50 Jahre im Besitz der betreffenden Familie sind.

26 Leiter größerer Unternehmungen der Industrie oder des Handels für die Dauer der leitenden Stellungen.

Auf Grund von Präsentationen sollen auf 12 Jahre in das Herrenhaus berufen werden:

72 Mitglieder als Vertreter der städtischen und ländlichen Selbstverwaltung.

2 Mitglieder als Vertreter der Stadt Berlin.

1 Mitglied als Vertreter der Hohenzollernschen Lande.

36 Mitglieder als Vertreter der Landwirtschaft.

36 Mitglieder als Vertreter von Hand und Industrie.

12 Mitglieder als Vertreter des Handwerks.

16 Mitglieder als Vertreter der Hochschulen.

16 Mitglieder als Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche.

Außerdem können bis zu 150 Personen ohne Präsentationen auf Lebenszeit vom König ins Herrenhaus berufen werden.

Von einer Vertretung der Arbeiter im Herrenhaus ist also nicht die Rede.

Der dritte Entwurf enthält überaus wichtige Änderungen im Staatsrecht.

Das Budgetrecht des Herrenhauses soll erweitert werden. Artikel 62 Abs. 3 der Verfassungsurkunde soll folgenden Zusatz erhalten:

„Wenn jedoch die Zweite Kammer gegen den Widerspruch der Staatsregierung einen Ausgabeposten, der bisher unter den ordentlichen Ausgaben im Staatshaushaltstat enthalten war, entweder überhaupt nicht oder nicht in der zuletzt vorgesehenen oder nicht in der von der Regierung neu vorgeschlagenen geringeren Summe bewilligt, so hat die Erste Kammer über diesen Posten vor der Abstimmung über den Gesamthaushalt vorweg Beschluss zu fassen. Tritt die Erste Kammer dem Beschuß der Zweiten nicht bei, so hat diese nach vorausgegangener Beratung in einem

aus Mitgliedern beider Kammern gebildeten Verständigungsausschuß über den Posten erneut zu beschließen. Erst nach dieser endgültigen Beschlusshaltung findet die Abstimmung der Zweiten Kammer über den Gesamthaushalt statt.“

Dagegen soll das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses erheblich eingeschränkt und die Befugnisse der Regierung erheblich erweitert werden. Der Entwurf liegt darüber:

Im Artikel 62 der Verfassungsurkunde wird folgender Absatz 4 hinzugefügt: „In dem Staatshaushaltstat können Ausgaben, die im Entwurf nicht vorgesehen sind, oder Erhöhungen von Ausgabenposten über den Betrag der von der Staatsregierung vorgeschlagenen Summe von der Zweiten Kammer ohne Zustimmung der Staatsregierung nicht eingezahlt werden.“

Im Artikel 90 der Verfassungsurkunde wird folgender Absatz 3 hinzugefügt: „Wenn bis zum Schlusse eines Neunungsjahres der Staatshaushaltstat für das folgende Jahr nicht zu stande kommt, ist die Staatsregierung ermächtigt, bis zu seinem Inkrafttreten alle Ausgaben zu leisten, die zur Erhaltung gefestigter bestehender Einrichtungen oder zur Durchführung gefestigter beschlossener Maßnahmen erforderlich sind, ferner die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Staates zu erfüllen und endlich Bauten und Beschaffungen fortzusetzen, für die durch den Staatshaushalt eines Vorjahres bereits Bewilligungen stattgesunden haben, sowie unter der gleichen Voraussetzung Beihilfen zu Bauten und Beschaffungen weiter zu gewähren.“

Das also ist der Inhalt der „Neuorientierung“ in Preußen! Eine unzureichende Wahlreform, verbunden mit einer Stärkung der Machtstellung der Regierung gegen die Volksvertretung, die einen politischen Rückschritt auf jenes Regierungssystem bedeutet, das unter der Voraussetzung in Österreich sich in seiner ganzen Schönheit entfaltet hat. Werden die Gesetzentwürfe über die Neuorientierung in Preußen, die dem preußischen Landtag zugegangen sind, in ihren wesentlichen Punkten zu Teilen der preußischen Verfassung, so wird Preußen mehr noch als vor dem Kriege ein halb absolutistisch regiert Land sein. Seine Regierung wird im Konfliktfall gegen den ausgesprochenen Willen der Volksvertretung absolutistisch regieren können, ohne sich mit den Buchstaben der Verfassung im Widerspruch zu befinden. Eine solche Neuordnung der Verhältnisse in Preußen mühte zurückzufließen auf die politischen Verhältnisse im Reiche. Wird Preußen zu der Hochburg des Halbsolutismus, zu dem es durch die Gesetzentwürfe nun erst recht gemacht werden soll, so ist an eine Demokratisierung des politischen Lebens im Reiche nicht zu denken. Diese „Neuorientierungspläne“ der preußischen Regierung müssen daher stürmischen Widerspruch hervorrufen nicht nur in Preußen, sondern auch im ganzen Reiche.

Durch Versprechungen auf Versprechungen ist das Proletariat auf diese „Neuorientierung“ in Preußen vertröstet worden. Man hat ihm das Allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht versprochen, man hat die Hoffnung zu erwecken gesucht, daß bei der Neugestaltung des preußischen Herrenhauses eine Vertretung der Arbeiterschaft geschaffen werden würde. Nichts von dem ist geschehen. Das Wahlrecht, das an die Stelle des Dreiklassenwahlrechts treten soll, ist nicht allgemein, von einer Vertretung der Arbeiterschaft im Herrenhaus ist keine Rede, und der lärmelige Fortschritt, den das neue eingeschränkte Wahlrecht gegenüber dem Dreiklassenwahlrecht bedeutet, soll erlaubt werden um den Preis einer Beschränkung des Budgetrechtes des Abgeordnetenhauses.

Die Aenderung des Wahlrechts wird allerdings die Stärke und Machtstellung der Parteien im Abgeordnetenhaus verändern, ohne daß freilich die Arbeiterschaft die Vertretung erhalten wird, die ihr zukommt. Ein Zug nach links hin wird sich im preußischen Abgeordnetenhaus bemerkbar machen, wenn diese Wahlreform Gesetz werden sollte. Aber die preußische Regierung wird, wenn diese Pläne verwirklicht werden, in Zukunft dem Abgeordnetenhaus gegenüber eine überragende Machtstellung einnehmen, die ihr es noch mehr als früher ermöglicht, einem etwaigen Zug nach links ein Gegengewicht zu bieten.

Im Gesetzentwurf zur Wahlreform fehlt das Moment der Allgemeinheit. Der Entwurf schreibt vor, daß das aktive Wahlrecht geknüpft sein soll an den dreijährigen Besitz der Staatsangehörigkeit, während bisher das Wahlrecht sofort beim Erwerbe der Staatsangehörigkeit mit erworben wurde. Diese Bestimmung bedeutet eine Vorzugsstellung derer, die die Staatsangehörigkeit durch Geburt erworben haben. In der Praxis ist sie ein Moment, das die Ansässigen, namentlich den Grundbesitz bevorzugt. Der Entwurf knüpft das Wahlrecht ferner an die Dauer des Aufent-

haltes in der Wahlgemeinde von einem Jahre. Die fluktuierenden Bevölkerungssteile, namentlich also das Industrieproletariat, sind damit zu einem Teile vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die Begründung des Wahlgesetzentwurfs sagt dazu, daß die moderne Entwicklung von Wirtschaft und Verkehr an die Schaffigkeit strengere Anforderungen als in früheren Zeiten zu stellen hat, wenn daraus ein besonderes Moment der politischen Bewertung entnommen werden soll. Es liegt auf der Hand, daß die fluktuierenden Elemente der Bevölkerung dem Staate nicht das gleiche Interesse oder Verständnis entgegenzubringen vermögen, wie der sesshafte Teil.

Damit ist mit erstaunlicher Offenheit ausgesprochen, daß auch das neue Wahlrecht verschiedene Bevölkerungsklassen verschieden bewegen will. Es ist damit ausgesprochen, daß nach wie vor das Proletariat minderen Rechts sein soll, als die Ansässigen, also namentlich als der städtische und ländliche Grundbesitz. Das neue Wahlrecht, das sich als allgemeines und gleiches geben möchte, ist ein Klassenwahlrecht ebenso gut wie das Dreiklassenwahlrecht, nur daß die Momente, nach denen die Klassenscheidung vorgenommen wird, andere geworden sind. Nebenher muß bemerkt werden, daß neben diesem prinzipiellen Mangel der neue Wahlreformentwurf noch eine Reihe weiterer rückständiger Bestimmungen enthält. Das Mindestalter für das aktive Wahlrecht ist von 24 auf 25 Jahre herausgezogen, während das passive Wahlrecht an ein Mindestalter von 30 Jahren geknüpft ist. Das Stichwahlssystem mit seinen politisch verdorbbaren Folgen, wie es beim Reichstagwahlrecht besteht, soll auch bei dem preußischen neuen Wahlrecht eingeschürt werden.

Nicht minder unzureichend ist der Gesetzentwurf über die Umgestaltung des Herrenhauses. Nach wie vor soll das Herrenhaus eine feudale Ritterversammlung sein, deren Mitglieder nach den Prinzipien des alten Ständestaates berufen werden. Es würde nach dieser Aenderung einen durchaus agrar-fonservativen Charakter tragen. Unter den über 500 Mitgliedern sollen sich befinden außer den Prinzen des königlichen Hauses und des fürstlichen Hauses von Hohenzollern 60 Mitglieder des hohen Adels, 26 Besitzer ländlicher Grundstücke, die einen Umfang von mindestens 100 Hektar haben, ferner noch 26 Mitglieder, die als Vertreter der Landwirtschaft präsentiert werden und außerdem 150 auf Lebenszeit berufene Personen, die das besondere königliche Vertrauen genießen. Es ist also die Möglichkeit gegeben, daß Vertreter des ländlichen Grundbesitzes von vornherein eine Majorität im Herrenhaus haben. Von einer Vertretung der Arbeiterschaft, die noch in den leichten Tagen in Aussicht gestellt wurde, ist keine Rede. Eine solche Vertretung in einem nach den Prinzipien des alten Ständehauses zusammengesetzten Parlament, wäre an sich für die Arbeiterschaft vollkommen nutzlos. Aber es ist bezeichnend, daß bei einer Neugestaltung des Herrenhauses, die angeblich alle Berufstände berücksichtigen soll, das Proletariat mit Stillschweigen übergegangen wird. Die 26 Vertreter von Handel und Industrie, die im Herrenhaus künftig vertreten sein sollen, sollen von den Handelskammern, den Organen des Unternehmertums, gewählt werden.

Wie die Wahlrechtsvorlage eine Vorlage gegen das Proletariat ist, so auch die Vorlage zur Umgestaltung des Herrenhauses. In diesen Gesetzentwürfen ist Vorsorge getroffen worden, daß die Entscheidung über das Portemonnaie der Bestehenden nicht in die Hände der Beschlößen gelegt wird.

Gekrönt aber wird dies „Reformwerk“ durch den Gesetzentwurf über die Umgestaltung des Staatsrechts. Er gesteht zunächst einmal dem Herrenhaus das Recht zu, unter bestimmten Umständen zugunsten der Regierung Beschlüsse über Einzelpositionen zu fassen, während ihm bisher nur das Recht zustand, über den Staat en bloc zu beschließen.

Weit über diese Aenderung des Staatsrechts zugunsten des Herrenhauses und der Regierung hinaus geht aber der Teil des dritten Gesetzentwurfs, der der Regierung das Recht gibt, für den Fall, daß der Staat nicht rechtzeitig fertiggestellt wird, ohne ausdrückliche Bewilligung des Parlaments die Staatsausgaben weiter zu leisten. Das ist ein Eingriff in die Rechte des Parlaments, der die lärmelige Wahlreform mehr als kompensierte, und der die Bedeutung des Parlaments erheblich herabdrückt.

Das Budgetrecht ist das höchste politische Recht eines jeden Parlaments. Es ist das schärfste Machtmittel

der Volksvertretung der Regierung gegenüber. Diese Bedeutung des Budgetrechts tritt zutage im Konfliktshalle. Wenn ernsthafte Differenzen zwischen Regierung und Volksvertretung nicht durch Nachgeben der einen oder der anderen Seite gelöst werden können, dann ist ein Zustand gegeben, in dem der Machtkampf zwischen beiden für die künftige Gestaltung der Dinge entscheidend ist. In diesem Machtkampf ist die Verweigerung, die Nichtfertigstellung des Budgets das schärfste Kampfmittel des Parlaments gegenüber der Regierung. Die Bestimmung, die jetzt in die preußische Verfassung eingefügt werden soll, läuft darauf hinaus, dem Parlament von vornherein dieses Machtmittel aus der Hand zu schlagen und der Regierung die Vollmacht zu geben, ohne Zustimmung des Parlaments im Konfliktshalle ihre Tätigkeit fortzuführen.

Eine solche Bestimmung hat eine gewisse verdächtige Lehnlichkeit mit jenen berüchtigten Paragraphen 14, die für jeden Parlamentsgegner in Österreich die Handhabe zu absolutistischen Experimenten ist. Eine ähnliche Bestimmung soll jetzt in Preußen getroffen werden. Die Regierung hält sich für stark genug, um im Augenblick ihre Machtposition gegenüber dem Parlament erheblich zu verstärken.

Zwischen diesen drei Gesetzentwürfen besteht ein innerer Zusammenhang. Die Regierung mußte das feierliche Wahlrechtsversprechen in einer Weise einlösen, die nicht offensichtlich einen Bruch dieses Versprechens bedeutete, wenn sie nicht einen Zustand schwerster innerer Kämpfe heraufbeschwören wollte. Anderseits sah sie sich von den reaktionären Parteien gedrängt, dieser Wahlreform ein Gegengewicht zu schaffen. In diesem Widerstreit der Erwägungen hat sie sich auf die Seite der Reaktion gestellt. Was diese drei Gesetzentwürfe an reaktionären Momenten enthalten, überwiegt bei weitem das, was in ihnen als Fortschritt gedeutet werden könnte. Die Regierung will durch die Stärkung ihrer Machtposition ein Völkerrecht gegen die Demokratie schaffen. Ihre „Neuorientierung“ plante sind nichts anderes als der Versuch, die halbabsoziativen Regierungsmethoden, die Politik des Paragraph 14 von Österreich auf Preußen zu übertragen. In der Vergrößerung zu diesen Gesetzentwürfen heißt es, daß sie einen Mittel des Vertrauens in das Volk darstellen, das in den schweren Schicksalen des Krieges seine Reize erwiesen habe". Dieses „Vertrauen“ wird bewiesen durch die Sicherung der Machtposition der Regierung, durch Gesetzesbestimmungen, die eine Verkürzung der Rechte des Parlaments und damit eine Verkürzung der Rechte des Volkes darstellen.

Die Durchführung einer derartigen Neuorientierung würde Preußen zum Hort der Reaktion in Deutschland, Deutschland zum Hort der Reaktion in Europa machen.

Die Internationale Korrespondenz des Herrn Ernst Heilmann beschäftigt sich in der ihr eigenen Weise mit den Gesetzentwürfen zur Verfassungsreform in Preußen. Sie sieht in diesen Gesetzentwürfen einen gewaltigen Fortschritt. Die reaktionären Momente, die diesen Entwurfen das Gepräge geben, läßt sie ganz in den Hintergrund treten, sie nimmt ihnen wenig Bedeutung bei. Sie gibt zwar zu, daß die Anzahl der Wahlzetteln die Gleichheit des Wahlrechts beeinträchtigen, aber, wie sie sagt, „gegenüber dem großen Prinzip des gleichen Wahlrechts ist ihre Bedeutung freilich gering“. Die Erwirkung, daß das große Prinzip des gleichen Wahlrechts dadurch verwirkt wird, daß man es beschädigt, bleibt Herrn Ernst Heilmann vorbehalten.

Die Bedeutung der geplanten Änderung im Budgetrecht ignoriert dieser „Sozialdemokrat“ vollständig. Die Erweiterung des Budgetrechts des Herrenhauses ist nach ihm nicht von Bedeutung, und über die Erweiterung der Rechte der Regierung im Konfliktshalle, die das Budgetrecht des Parlaments illusorisch machen, sagt er nur:

Zwei weitere Paragraphen dieses Gesetzentwurfs suchen die Geschreie einer Budgetablehnung durch das Parlament für den Fortgang der Staatsgeschäfte zu vertingen. Alle diese Einzelheiten sind verfassungsgeschichtlich interessant und an sich nicht ohne Bedeutung. Aber sie verschwinden gegenüber der großen Hauptfrage des gleichen Wahlrechts.

Es stimmt vorzüglich zu dem Charakterbild dieses „Demokraten“, der den Gegnern des parlamentarischen Systems im Kampfe gegen die Demokratierung Beihilfe leistete, daß er über den Versuch der Regierung, ihre Stellung gegenüber dem Parlament zu stärken, mit einigen nichtssagenden Bemerkungen hinweggelaufen ist, anstatt sie in ihrer vollen Bedeutung aufzuzeigen, damit ein entschiedener Protest gegen diesen reaktionären Versuch aus dem Volle herausträte.

Der Kampf gegen die Friedenspropaganda in England.

Waren bis jetzt auch in England die Versammlungen der Friedensfreunde möglich und die Propaganda im Reiche zwar erlaubt, aber doch noch immer in grohem Stile möglich, so soll das nunmehr anders werden. Die Flugschriften — vor allem spielen in England leicht verständliche Broschüren von ganz wenigen Seiten eine große Rolle —, die über den Krieg und den Friedenskrieg handeln, sollen — wie der Staatssekretär des Innern, Cave, im Unterhause mitteilte — der Vorzens für unterliegen und missen die Abreise des Verfassers und Druckers tragen.

Man stelle sich vor, daß bis zu diesem Augenblick Herausgabe und Verteilung von Flugschriften in England ungehindert vor sich gehen konnten! Gewiß hat die Regierung auch Christen beschuldigt und nach richterlichem Urteil vernichten lassen. Aber zunächst stand ihre Verbretzung jedem frei. Wenn die Regierung nun an den verschärften Maßnahmen greift, von denen vor allem die Unabhängige Arbeiterpartei und die Vereinigung für demokratische Kontrolle betroffen werden, so ist das ganz einfach ein Beweis dafür, daß sie läuft, die Bewegung könnte überhand nehmen und ihr schließlich über den Kopf wachsen.

Vergleichbar hat Genosse Snovden versucht, die Beschlusssitzung über diese neue Verordnung hinauszuschieben. Ihr seinen Antrag sandten sich im Unterhause statt der notwendigen 40 Stimmen nur 38. Und dies Ergebnis ist zugleich ein Beweis dafür, wie sehr die letzte Rede Lloyd Georges nach allen Richtungen gewirkt hat. Sie hat nicht nur die Stellung des Premierministers, die zu wanken anfing, für einige Zeit festgestellt, sie hat auch das liberale Bürgertum zu einem großen Teil in der Auffassung bestärkt, daß der Krieg mit noch größerer Energie und unter Aussicht aller Risiken geführt werden müsse. Es wurde so reiz gemacht für die Verordnung über die Einschränkung der Pressefreiheit, für deren

Ausreichhaltung sich sonst der Engländer auf lebenshöchstste einzusehen pflegte. Manchester Guardian protestierte zwar und gab zu bedenken, daß die neue Verordnung der erste Schritt zur Preszensur sei, aber der Protest verhallt, das Bürgertum ist eingesangen und gibt lieber weitere Freiheiten in Kauf, als daß es die Stimmen hört, die fordern, daß man öffentlich die Friedensziele nennen und den Versuch zur Verhinderung machen sollte.

Enges Einvernehmen zwischen Frankreich und England! Hier wie dort verschärzte Kriegsführung, hier wie dort Kampfansage gegen die Friedenspropaganda.

Aber eben läßt sich der Friedenswillen durch solche Mittel nicht. Die Alliierten der Besessenen und der Verkrüppelten sprechen zu deutlich.

Gerade die verschärzte Kriegsführung, deren Kosten überall die Volksmassen zu tragen haben, kann eine hochgradige Erregung herauftreten, die so hoch steht, daß sie alles überdeckt und militaristische und imperialistische Regierungen mit hinwegreicht. Wir glauben nicht, daß Frankreich und England schon bei diesem Stadium angelangt sind. Über die Minderheiten in beiden Ländern werden durch so verschärfte Maßnahmen, wie es die Preszensur ist, an Ausdehnung gewinnen, und es wird schon die Zeit kommen, wo sie sich stark genug fühlen werden, zu handeln. Das kann beschleunigt werden durch energische Politik der sozialistischen Minderheiten in den Zentralstaaten und durch Aufstellung eines verbindlichen deutschen Friedensprogramms.

Vorgehen gegen pazifistische Parlamentsmitglieder.

Amsterdam, 23. November. Daily Chronicle meldet: Im britischen Parlament wird versucht, Mitglieder pazifistischer Gesinnung um Neben zu verhindern und zu zwingen, ihre Mandate niederzulegen. Jedes Parlamentsmitglied soll sich einer neuen Wahl unterwerfen, sobald ein Zehtel seiner Wählerschaft es wünscht. Man hat versucht, für einen solchen Gesetzentwurf die übigen Unterstrichen zu erlangen, was aber bisher nicht gelang. Trotzdem hat sich eine große Anzahl Mitglieder aller Parteien zu einem solchen Vorgehen bereit erklärt.

Hausdurchsuchung.

Amsterdam, 22. November. Central News meldet aus London: Die Polizei veranlaßte heute in den Londoner Büros des Nationalen Rats für Bürgerliche Freiheit eine Hausdurchsuchung. Es wurden Dokumente beschlagnahmt.

Kundgebungen für den Frieden.

Der Vorwärts meldet:

Auf verschiedenen Plätzen Berlins haben am gestrigen Sonntag Kundgebungen für den Frieden stattgefunden, die namentlich im Norden der Stadt einen bedeutenden Umsatz annahmen. Die Menge, die sich nach alter Gewohnheit von allen Ausschreitungen fernhielt, bewegte sich unter Hochrufen auf den Frieden und auf Karl Liebknecht durch die Straßen. An der Ecke Spandauer und Kaiser-Wilhelm-Straße kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, der wohl auf überflüssige Abschließungsmaßnahmen zurückzuführen ist und zu einigen Verhaftungen führte.

Da das ganze Volk in dem Ziel: der Herbeiführung des Friedens, mit den Demonstranten einig ist und sich diesem Bestreben innerhalb des Reiches keine beachtenswerten Widerstände entgegenstellen, liegt kein Grund vor, solche Kundgebungen als „gefährlich“ zu behandeln: Sie sind nur der Widerhall der großen Zeltversammlungen innerhalb einer zur Selbstdisziplin erzogenen Bevölkerung.

Wir würden uns freuen, bald von ähnlichen Kundgebungen aus Paris und London berichten und sagen zu können, daß der Friedenswillen des Volkes auch dort auf die auswärtige Politik des Landes einen so starken Einfluß gewonnen hat, wie jetzt schon in Deutschland. Dann wird es nicht mehr weit zum Frieden sein!

Wo bleibt das Waffenstillstandsangebot Rußlands?

Von amtlicher deutscher Seite ist noch keinerlei Meldung über den Eingang des Waffenstillstandsangebots der russischen Regierung ergangen. Am Sonnabend meldete die Kölnische Zeitung aus Berlin, dort liege keine Bestätigung der Nachricht aus der Wiener Neuen Freien Presse vor, daß der russische Oberbefehlshaber das Angebot an die Oberbefehlshaber der feindlichen und alliierten Heere gemacht habe. Eine Wiener Meldung des Berliner Tageblatts vom Sonntag erklärt ebenfalls, daß weder bei dem Oberkommandierenden der österreichisch-ungarischen noch bei dem der deutschen Armee ein Antrag auf Abschluß eines Waffenstillstandes eingelaufen sei. Wie dieser Widerspruch mit den russischen Nachrichten zu erklären ist, muß vorerst dahingestellt sein.

Die Entente presse rechnet sehr ernstlich mit dem russischen Friedenswillen. In der neutralen Presse Slandianviens wird versichert, daß die Veröffentlichung der Geheimverträge, die man von Trotsky erwartet, möglicherweise den vollständigen Bruch zwischen Russland und den Alliierten nach sich ziehen werde. Die Angehörigen der Entente, besonders die Engländer, haben sich bereits zum großen Teil nach Archangelsk begeben, um das Land im Falle eines Bruches verlassen zu können. Die Botschafter der Entente sollen entschlossen sein, falls neue innere Konflikte entstehen, ihre Pässe zu verlangen und sofort abzureisen.

Eine Petersburger Nachricht der Kopenhagener Nationaltidende behauptet, daß ein Petersburger Telegramm der Leiter des Lebensmittelministeriums an die Ausschüsse des Arbeiter- und Soldatenrats erklärt, die Lebensmittelzufuhr für das Heer werde täglich geringer, wenn nicht baldige Hilfe käme, trate eine Hungerkatastrophe ein.

Der Vorwärts schreibt:

Die einzige Vorlage hält es für politisch klug, zu behaupten, die deutsche Regierung verfolge annexionistische Ziele im Osten. Nach den eigenen Erklärungen der Regierung ist das nicht richtig; wäre es aber richtig, so müßten die Unabhängigen die Regierung Herzog-Payer ganz anders beläumen, als sie es bisher getan haben. Auch die Sozialdemokratie müßte dann natürlich die schärfste Kampfstellung gegen die Regierung einnehmen. Der Vorwärts vom 8. November erklärte, daß für diesen Fall „die Stellung der Sozialdemokratie vollkommen klar“ sei. Käme es nun zu Verhandlungen mit den Russen, so müßte auch in diesem Punkte sicherlich von etwa noch vorhandener Zweideutigkeit schwanken. Die deutsche Regierung würde bald erkennen, daß sie keinen anderen Frieden antreten kann als den, den das deutsche Volk will. Das deutsche Volk aber will seine fünf Minuten länger Krieg führen, damit Polen österreichisch, Ausrand und Litauen preußisch wird.

Wir wollen dazu nichts weiter bemerken. Auch die herausfordernde Sprache des Vorwärts, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die Regierung ganz anders bekämpfen müßte, als sie es bisher getan, wenn unsre Behauptungen über die Annexionspläne richtig seien, kann uns dazu nicht veranlassen. Wir überlassen die Kritik unsern Lesern.

* * *

Copenhagen, 24. November. Der ausländische Pressevertreter der Bolschewiki an der schwedischen Grenze erhält ein amtliches Telegramm aus Petersburg vom 23. 11., wonach jetzt auf der Seite der Bolschewiki stehen:

Die gesamte Armee und Flotte, sowie der ganze nördliche, westliche und südwestliche Teil des Reiches mit den Städten Petersburg, Moskau, Charkow, Kiew und Odessa sowie das ganze Uralgebiet und Sibirien. Von den Fronten kommen Hunderte von Abgeordneten, die die Mitteilung vollständiger Solidarität mit der neuen Regierung überbringen.

Die Lebensmittelfrage ist ernst, jedoch ist es bisher mit groben Misstragungen gelungen, die Schwierigkeiten zu überwinden, es ist nur noch schwierig, Brot zu beschaffen. Die niederen Eisenbahnbeamten stehen auf der Seite der Bolschewiki, die Sabotage der höheren Beamten ist daher von geringerer Wirkung.

Der Oberstkommandierende General Duchonin ist verhaftet worden.

Die Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung haben bei der Flotte stattgefunden und beim Heere begonnen. In den Städten finden die Wahlen am 12. 11. alten Stils statt.

Die bürgerlichen Parteien wollen sich nicht unterwerfen, sondern verüben überall Sabotage, wo dies möglich ist, und sehen ihre Hoffnung auf Kaledin. Das Ausbleiben telegraphischer Nachrichten aus Petersburg ist auf Sabotage der Telegraphenbeamten zurückzuführen, diese hofft man jedoch noch zu überwinden.

Friedensverhandlungen an der ganzen Front.

Copenhagen, 24. November. Der ausländische Pressevertreter der Bolschewiki an der schwedischen Grenze erhält ein amtliches Telegramm aus Petersburg, nach welchem der Oberstkommandierende, General Duchonin, verhaftet worden ist, weil er sich geweigert hatte, den Vorschlag des Waffenstillstandes der ganzen Front zu übermitteln.

Die Regierung wird die verschiedenen Frontheere selbst auf der ganzen Front die Friedensverhandlungen einzuleiten.

Die Veröffentlichung der Geheimverträge.

Amsterdam, 24. November. Daily Chronicle meldet aus Petersburg: Heute Freitag beginnen die Zeitungen der Bolschewiki die Veröffentlichung der Geheimverträge und Dokumente, worunter sich das Dardanellenabkommen, die Note über die Finanzkonferenz in Bern und verschiedene geheime Telegramme Tschetschenos d. fin. finden.

Die Haltung der Kosaken.

Copenhagen, 24. Nov. Aus Paparanda wird gemeldet: Es bestätigt sich, daß der Oberstkommandierende des Petersburger Militärbezirks, Oberst Murawjew, zurückgetreten und als oberster Chef der Truppen Antonow eingesetzt worden ist, der Mitglied des Revolutionärsomitees ist.

Djen meldet: Der Rat des Kosaken vorbands hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß er es ablehnt, den Staatsstreich der Bolschewiki anzuerkennen, aber nicht in den Bürgerkrieg einzutreten wünsche, der in Russland ausgebrochen ist. Er werde mit allen Kräften für die Einführung einer demokratischen Rechtsordnung in den verschiedenen Kosakengebieten eintreten.

Der Petersburger Sovjet und die Bolschewiki.

Amsterdam, 24. November. Einem kleinen Blatte folge meldet die Times aus Petersburg vom 21. Nov.: Der Petersburger Sovjet befloß, die Bolschewiki bei ihrer Regierung, auf die Förderung der gewählten Sozialisten nach Bildung eines Koalitionsklubs einzugehen, zu unterstützen.

England will die Bolschewiki-Regierung nicht annehmen.

London, 23. November. Ein Vertreter des Neuterschen Büros hatte eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Lord Robert Cecil, der folgende Erklärungen über die Lage in Russland abgab:

Ich glaube nicht, daß die soeben von den Extremisten in Petersburg eingeleitete Unternehmung tatsächlich der Ansicht des russischen Volkes entspricht. Es wäre natürlich ein unmittelbarer Bruch des Abkommen vom 5. September 1914 und würde bedeuten, daß einer der Alliierten mit seinen übrigen Kämpfern mitten im Kriege gebrochen und angenommen würde, so würde sie sich damit so gut wie außerhalb des ordentlichen europäischen Rates stellen. Aber ich glaube nicht, daß das russische Volk dieses Vorgehen bestätigen oder billigen wird. Die Proklamation, welche von den Leuten, die sich als Regierung ausgeben, erlassen wurde, reizt die Soldaten an, ihre Generale zu verhaften und längs der ganzen Front mit dem Feinde über die Schlachtränder hinweg Friedensverhandlungen anzuknüpfen. Wenn das in ersten Linie die Vernichtung der russischen Armee als Kampftreffer bedeuten soll, so kann man schwer ein andres oder passenderes Verfahren sehen, das jene verantwortlichen Leute in Petersburg hätten einschlagen können. Wenn es auch ganz unnötig ist, gewisse geschäftliche Verhandlungen zu vermeiden, wie sie sich zum Beispiel aus der Frage der Verhaftung britischer Untertanen ergeben, so kann doch keine Rede sein von einer diplomatischen Auseinandersetzung oder von Verhandlungen mit ihnen. Es besteht keine Absicht, eine solche Regierung anzuerkennen.

Bom Tage.

Wischen Tschechen und Ungarn töbt eine heftige Feindschaft, die mit Interpellationen in den Parlamenten von Wien und Budapest ausgefochten wird. Die magnatische Partei des ungarischen Abgeordnetenhauses haben Interpellationen über die staatsrechtlichen Ansprüche der Tschechen, die die Loslösung der slowakischen Teile Ungarns von Ungarn und deren Anschluß an einen zu schaffenden tschechischen Staat fordern, eingebracht, die zu einer erregten Debatte geführt haben. Ihr Angriff richtete sich nicht nur gegen die Tschechen, sondern auch gegen die österreichische Regierung, die nach den ungarischen Wünschen den Tschechen mit gewaltigen Unterdrückungsmaßregeln gegenübertraten.

Der ungarische Ministerpräsident hat diese ungarischen Wünsche nicht nur dem österreichischen Ministerpräsidenten übermittelt, sondern er hat sich auch in einem besonderen

Memorandum an die Krone gewandt. Er will nicht mehr und nicht weniger, als daß die tschechischen Abgeordneten wegen ihrer Parlamentsreden abgeurteilt würden, und daß die österreichische Censur jeden Angriff auf Ungarn unmöglich mache. Die magnativen Politiker zeigen sich jedoch so aufgereggt über die Möglichkeit, daß am Dualismus oder an der Integrität des jüngsten ungarischen Staates im österreichischen Parlament mit Worten gerüttelt wird, daß sie Herrn Welserle darüber hinaus die Drohung mit der Schaffung einer selbständigen ungarischen Armee und mit dem Abdruck der diplomatischen Beziehungen zu Österreich empfohlen. Herr Welserle hat dann schließlich, diesen Wünschen gehorcht, die Drohung ausgesprochen, daß, wenn man diesen Treitverein nicht mit voller Energie vorbeugt, „der Prozeß der Auflösung eintreten werde“.

Diese Interpellationsdebatte hat im österreichischen Abgeordnetenhaus wieder eine Gegenaktion der Tschechen hervorgerufen. Sie haben die österreichische Regierung um Mittelstellung über die Versprechungen ersucht, die sie der ungarischen Regierung in dieser Angelegenheit abgegeben hat. Darauf hat der österreichische Ministerpräsident gestern im Abgeordnetenhaus erklärt, er sei nicht nur berechtigt, sondern auch moralisch verpflichtet gewesen, dem ungarischen Ministerpräsidenten gegenüber den Standpunkt zu kennzeichnen, den die österreichische Regierung in den von ihm aufgeworfenen staatsrechtlichen Fragen einnehme. Er sei hierzu um so mehr verpflichtet gewesen, als einzelne österreichische Parteien einen Standpunkt vertraten, der tatsächlich mit der Integrität des Staatsrechtes Ungarns und insbesondere mit dem dualistischen Verhältnis zwischen den beiden Staaten der Monarchie sich in Widerspruch setze. Was die Verfassungsfrage anbelange, so würden unbedingt festzuhalten sein:

1. die Wahrung der Einheit des österreichischen Staates,
2. die Aufrechterhaltung der bestehenden Grenzen eines jeden Kronlandes.

Etwas andres habe er auch dem ungarischen Ministerpräsidenten nicht mitgeteilt. Was endlich die von Seiten der ungarischen Regierung aufgeworfene Frage des staatsrechtlichen Schutzes der Integrität Ungarns anbelangt, so stellt der Ministerpräsident fest, daß die von dem österreichischen Justizminister gerichtete Note nichts andres enthalte, als die Mitteilung, daß bezüglich der Frage, ob dieser staatsrechtliche Schutz nach dem geltenden Rechte gegeben sei, zunächst der Oberste Gerichts- und Kassationshof um ein Gutachten ersucht worden sei.

Die Tschechen werden sich damit wahrscheinlich ebenso wenig zufrieden geben wie die Ungarn mit den bisherigen Erklärungen der österreichischen Regierungen. Der Nationalitätenkampf nimmt sehr scharfe Formen an.

* * *

Die Reichsbekleidungsstelle zeigt wieder einmal, wie es nicht gemacht werden darf.

Bei den Angehörigen der Kunst — auch bei den Leuten, die sich nur als Staatsmänner fühlen — gilt es als der feinsten Diplomatie ausgeschorene Weisheit, nie zu verraten, was man eigentlich will —, um Triumph in der Hand zu haben. Heute, bei der Frage des Friedensschlusses, spielt dieser diplomatische Kniff ja auch wieder eine große Rolle. Verunsene und Unberusene über sich in dem Spiel, sehen eine gewichtige, geheimnisvolle Waffe auf, wenn sie die Politik der doppelten Zunge verteidigen. Aber merkwürdig, wo es angebracht wäre, Pläne vorher nicht bekannt werden zu lassen, um zu verhindern, daß sie zu Sonderinteressen missbraucht werden könnten, da sieht man bei und das Licht der Offenlichkeit. So geht wieder die Reichsbekleidungsstelle. Röhrgarn und Wolle zum Stopfen ist vom Markt ziemlich verschwunden. Wer etwas erlangen will, muß Bucherpreise bezahlen. Schon längst hätten die Vorräte plötzlich beschlagnahmt werden müssen. Das unterblieb, ein unlesgbarer Notstand ist die Folge. Und was geschieht nun? Die Reichsbekleidungsstelle gibt durch die Presse bekannt, daß sie ab 1. Januar 1918 die Bewirtschaftung des Röhrgarns und der Wolle übernehme. Die Sammler und Schleicherhändler wissen jetzt Bescheid. Sie werden auch sicher dafür sorgen, daß am 1. Januar 1918 die Reichsbekleidungsstelle keinen großen Vorrat vorfindet, und daß die Deutschen mit dem entsprechenden Beutel sich besser versorgen können als die armen Deutschen, die noch auf Nationen gesetzt werden. Orden her für die genialen Deutschen, die so für das Allgemeinwohl sorgen!

* * *

Während die Blätter der rechtsstehenden nationalen Gruppen in Frankreich sowie der Mittelpartei der Rechte Clemenceaus vollen Beifall zollen, machen die sozialistische Presse und einige sozialistische Blätter ernste Bedenken geltend.

Menaudel erklärt in der Humanité: Clemenceau hat nur eine Anzahl wohltuerlicher Phrasen vorgebracht und sich einige unpassende Späße erlaubt. Auf keine der vorliegenden Interpellationen hat er tatsächlich wesentlich geantwortet. — Thomas de Lamartine im gleichen Blatte die Ausführungen Clemenceaus über die Gesellschaft der Nationen. Die Sozialisten erfähren daraus, daß sie der Offenlichkeit beweisen mühten, daß die von den Sozialisten vorgeschlagenen Lösungen die einzigen richtigen seien.

Gombotz erklärt in der Vaterne, wenn Clemenceau auch die Mehrheit gewonnen habe, so werde der Umschwung in der Kammer doch nicht auf sich warten lassen. Die Kammer habe kein Programm nicht annehmen können, da es keines entwickelt habe.

Barenne meint im Journal, für Frankreich habe mit der Berufung Clemenceaus ein interessantes Experiment begonnen. — Deuve schreibt, das Argument Clemenceaus, daß die Unterschrift der Deutschen keinen Wert habe, lehre sich gegen ihn selbst. — In der Bataille sagt Jouhaux, die Worte Clemenceaus über die Gesellschaft der Nationen würden in den Herzen aller Arbeiter schwerzlichen Widerhall finden. Die Arbeiter hätten ihre ganze Hoffnung auf diese Formel gesetzt.

Der republikanische Progrès de Lyon führt aus, Clemenceaus Programm, das in dem Wort „vollständiger Krieg“ enthalten sei, sei nur eine Phrase und seine Anerkennungen über die Kriegsziele seien sehr beunruhigend.

Der Krieg zur See.

Der U-Boot-Krieg.

Berlin, 24. Nov. Eines unserer Unterseeboote hat im Nördlichen Eismeer neuerdings 5 Dampfer mit 14 000 B.R.T. versenkt, darunter die bewaffneten englischen Dampfer Zillah (3788 T.) und Iderton (3125 T.), beide mit Holz von Archangelsk nach England, sowie Baron Balfour (3091 Tonnen), mit Gruenholsladung, der aus einem Geleitzug herausgeschossen wurde, ferner der bewaffnete russische Dampfer Irina (2210 T.), mit Lebensmitteln von Archangelsk nach Alexandrowsk.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Berlin, 25. November. Amtlich. (M. I. A.) Durch die Tätigkeit unserer Unterseeboote wurden im Spritzgebiet um England wiederum 12 000 Brutto-Tonnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befand sich ein bewaffneter Dampfer von 6000 Tonnen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Der Krieg mit Italien.

Der italienische Tagesbericht.

24. November, nachmittags. An der Gebirgsfront von der Höhe von Asiago bis zur Piave schickten mächtige Angriffe des Gegners, welche in ungemeiner Weise durch Artilleriefeuer vorbereitet und die mit Hartnäckigkeit ausgeführt worden waren, nämlich. An der Ebene versuchten feindliche Abteilungen, die Piave mittels Booten zu überqueren; sie wurden im Flusse zusammen geschossen. Drei feindliche Flugzeuge wurden durch unsre Flieger zum Absturz gebracht.

In Absalon griffen starke feindliche Kräfte in der Nacht vom 22. auf den 23. November zwischen Bosna und Osini südlich von Lestimia an. Sie wurden abgewiesen; einige von ihnen zwischen Bitola und Preblecza errungen Teilstücke wurden durch unsern Gegenangriff wieder zurück gemacht.

Vom türkischen Krieg.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 23. Nov. Amtlicher Tagesbericht.

Sinai front: In den Abendstunden des 21. November gelang es dem Gegner, in einen Teil unsrer Stellung einzudringen. Durch Gegenangriff wurde unsre Stellung fast restlos wieder genommen. Der Feind hatte hierbei beträchtliche Verluste. Wir erbeuteten fünf Maschinen gewehrte und machten Gefangene.

Sonst nichts von Bedeutung.

Englischer Heeresbericht aus Palästina.

Am 21. November erstritten unsre Truppen den Höhenrücken von Nebi Samwil, die Stätten des alten Mizpah, 8000 Yards westlich der Straße von Jerusalem nach Noblat. Wiederholte Gegenangriffe der Türken wurden abgeschlagen. Der Feind beschloß die Moshchee, in der sich das Grab des Propheten Samuel befinden soll und das unsre Truppen sorgfältig vermieden. Unsre berittenen Truppen, die sich am 21. November Betrunia näherten, wurden durch einen starken Gegenangriff zum Rückzug gezwungen und hielten jetzt Zeitur el Faula (oberhalb Beth Horon) besetzt. Nach heftigem Regen ist das Wetter jetzt schön und kalt. Allerdings meldet, daß der erfolgreiche Kampf vom 1. November, in der der Feind aus dem Defilee westlich von Kurnet al Esab vertrieben wurde, der Tapferkeit der Somerset-Wiltshire und Churkaregimenten zuzuschreiben war.

Englischer Bericht von der Aden-Front.

Unsre Truppen bei Aden sind ununterbrochen in dauernder Führung mit den Türken, wobei sie zahlreiche Vorposten und Patrouillen schwärme mit ihnen bestehen, wie sie im Beiblatt der London Gazette vom 30. Oktober geschildert sind. Am 22. November ein Gefecht in größerem Maßstab statt als gewöhnlich, bei dem wir die türkischen Posten bei Jabir, 15 Meilen nördlich von Aden, und benachbarte kleine Truppenabteilungen angriffen und sie aufhoben. Wir ließen dem Feinde Verluste zu und zerstörten seine Verteidigungsanlagen.

Bermischte Kriegsnachrichten.

Englischer Bericht aus Ostafrika.

Am 21. November rückte die linke Abteilung unsrer Streitmacht, die die Malawihochfläche durchquerte, in Simbabwe im Kitengoritale, sieben Meilen nordöstlich der Missionsstation Kitangari, ein. 52 deutsche Europäer und 75 Askaris ergaben sich. Am gleichen Tage rückte die rechte Abteilung in Nsusa ein, wo 126 deutsche Europäer und 48 Askaris gefangen wurden. Bei einem Gefecht in der Nähe von Mandabe, 28 Meilen südwestlich Libala, am 18. November stießen schwache Kräfte von uns auf feindliche Truppen in beträchtlicher Ueberzahl und fügten dem Feinde in sehr tapferem Gefecht größere Verluste zu, als sie selbst erlitten, sie kamen 5 deutsche Europäer und 20 Askaris gefangen.

*
Maude's Nachfolger in Mesopotamien. Generalleutnant Maude wurde zum Befehlshaber der britischen Truppen in Mesopotamien ernannt.

Der englische Befehlshaber in Italien. General Plumer wurde zum Befehlshaber der britischen Truppen in Italien ernannt.

Explosion in London. Durch eine Explosion in einer Fabrik in Nord-London wurde eine Frau getötet, zwei Frauen wurden leicht verletzt. Das Gebäude wurde nicht beschädigt.

Deutschland.

Zusammentritt des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich, daß der Ausschuß des Bundesrates für auswärtige Angelegenheiten Anfang dieser Woche in Berlin zusammentrifft.

Kleine Auslandsnachrichten.

Dänisches Ausfuhrverbot. Die dänische Regierung hat ein sofortiges strenges Ausfuhrverbot für lebendes Rindvieh, Schafe, Ziegen, erslossen, ferner für Fleisch und Schlachtabfälle von Aserden, Hindvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen, für Konserve, Butter, und andre Fleischwaren, Eier, Butter, Sahne, Milch und Käse. Es ist nicht beachtigt, die Ausfuhr der genannten Waren zu verhindern, sondern die Regierung will nur eine Regelung der Ausfuhr ermöglichen, damit das Land in weitestem Umfang den Augen aus der Ausfuhr ziehen kann, den die jeweilige Lage erheischt.

Wechselseitiges Verbot in England. Nach der Pall Mall Gazette hat der Bruder Lord Northcliffe, Lord Rothermere, das Angebot, an Stelle Cowdray's das Zustant zu übernehmen, angenommen.

Ernst Karolys Reise in die Schweiz. Graf Michael Karolyi erklärte dem Berner Vertreter des Iz Est: „Aufsichtig fragt, bin ich nicht allein wegen der Berner Konferenz hierher gekommen; ich habe absichtlich schon im vorigen Jahre nach der Schweiz zu Jahren, aber es hat sich bis jetzt keine Gelegenheit. Mein eigentliches Ziel ist es mich über die Stimmung beim Feinde zu informieren, und ich erkläre ganz offen, daß ich hier mit Engländern und Franzosen in Verbindung treten will. Man wird mich darum angreifen, aber das hindert mich nicht. Ich werde unbedingt mit Ausländern sprechen, die ich darüber aufklären will, daß wir keine Erwerbungen machen wollen.“

Die deutschen Tagesberichte.

Großes Hauptquartier, 25. Nov. Amtlich. (M. I. A.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern steigerte sich der Artilleriekampf am Nachmittage zwischen dem Haubtstück Walde und Sandweerde zu großer Stärke. Ein englischer Vorstoß an der Straße Oppe—Menin scheiterte.

Auf dem Schlachtfelde südwärts von Cambrai traten sich heftige, aber nur örtlich begrenzte Kämpfe ab.

Gegen Inchon setzte der Engländer starke Kräfte zu neuen Angriffen ein. Wieder stürmten dicke Infanteriemassen vergeblich vor. Ihre Verluste waren besonders schwer. Im Gegentheil gewannen unsre Truppen mehrere hundert Meter nach vorwärts.

Nach heftiger Feuerwehr griff der Feind am Abend Dorf und Wald Bourlon an. Unter dem Schutz von Nebelwaffen drang er bis zum Dorfe vor. Die zum Gegenstoß eingesetzten Gardesoldaten waren in erbittertem nächtlichen Kampf mit blanker Waffe den Feind in seine Ausgangsstellungen zurück, während pommersche Grenadiere am Rande des Waldes jeden feindlichen Ansturm zum Scheitern brachten.

Nach dem Morgenlängen eines Frühangriffs auf Banteux erfolgten dort am Nachmittage nur schwächere Teilstoße.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Tätigkeit der Franzosen blieb fast auf der ganzen Front regt. Stärkere Erfundungsabteilungen führten gegen unsre Linien vor; der Artillerie- und Minenwerkerkampf war im besonderen nordöstlich von Graonne, in mehreren Abschnitten der Champagne und auf dem östlichen Maasufer geführt. Eigene Sturmtrupps brachten von gelungener Unternehmung westlich von Beaumont zahlreiche Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Ostlich von St. Michael und namentlich im Sundgau verstärkte Artillerie- und Minenfeuer. Am Walde von Apremont und bei Ammerweiler wurden stärkere französische Vorstöße abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Mazedonische Front

nichts Besonderes.

Italienische Front.

Italienische Angriffe zu beiden Seiten des Brenta-Zales und gegen den Monte Verica brachen vor unsern Linien zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

* * *

Großes Hauptquartier, 26. Nov. Amtlich. (M. I. A.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern nur zeitweilig zwischen Poelkapelle und Gheluvelt gestellte Feuerwehr. Vorfeldkämpfe verließen sie und erfolglos und brachten Gefangene ein. Nordöstlich von Poelkapelle scheiterte der Vorstoß eines englischen Bataillons.

Auf dem Schlachtfelde südwärts von Cambrai wiederholte der Feind hartnäckig seine Angriffe auf Inchon. Die dort in den vorhergehenden Tagen in Abwehr und Angriff bewährten Truppen wiesen auch gestern den Feind restlos ab.

Unser Vernichtungsfeuer schlug in feindliche Truppenansammlungen und in die Bereitstellung zahlreicher Panzerkraftwagen südlich von Graincourt. Schwächere Infanterie ließ gegen Bourlon vor; sie wurde zurückgeworfen.

Aus den letzten Kämpfen bei Bourlon hinter unsren Linien verblieben Engländerstämme wurden im blutigen Nahkampf gefangen. Acht Offiziere, mehr als 300 Mann wurden gefangen, 20 Maschinengewehre erbeutet.

Am Südmstrand des Waldes von Bourlon und westlich von Fontaine brachten uns nördliche sehr heftige Handgranatenkämpfe den erwünschten Geländegegenwind.

Nördlich von Banteux griff der Feind nach heftigem Trommelfeuern an. Er wurde abgewiesen.

Ein englischer Vorstoß östlich von Grécourt brach vor unsren Sinnenrisen zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach härtester Feuerwehr griff der Franzose in 4 Kilometer Breite zwischen Samogneux und Beaumont an. Seine ersten Angriffswellen, durch unsre Infanterie- und Artilleriefeuer zerstört, stießen in ihre Ausgangsstellungen zurück. Mehrfacher Ansturm neu angelegter Kräfte brach in unsrer Abwehrzone zusammen.

Das starke Feuer griff von dem Kampfseilde auch auf die benachbarten Abschnitte über und hielt namentlich zu beiden Seiten von Ornes tagsüber in großer Stärke an.

Infanterie-, Schlach- und Jagdkräfte griffen trotz heftigen Sturmes und Regens erloschen in den Kampf ein und unterhielten auf dem Kampfseilde bei Cambrai und an der Maas unermüdlich Führung und Truppen.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Mazedonische Front

seine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

In östlichen Gebietssämpfen erzielten unsre Truppen Erfolge und behaupteten sie gegen italienische Gegenangriffe.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

* * *

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 25. November. Amtlich wird verlautbart:

Italienische Angriffe beiderseits der Brenta und gegen den am 22. vom Grazer Sch

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. November.

Geschichtsalben. 26. November 1822: Karl August Fürst Hardenberg gestorben (* 1750). 1840: Der Geschichtsschreiber Karl v. Rotteck gestorben (* 1775). 1857: Joseph Frhr. v. Eichendorff in Nette gestorben (* 1788). 1890: Streit von 12 000 Hamburger Werftarbeitern.

Sonnenaufgang: 7,42 Sonnenuntergang: 8,52
Monduntergang: 4,47 vorm., Mondaufgang: 2,18 nachm.

Flammenspruch zur Einsicherung
Otto Emil Freilags.

Steig aus der entseelten Hölle,
Der lebt Flammenbildung gilt,
Was noch einmal reichster Hölle
Auf sein zauberwärmed Bild!
Ja, er durfte und gewinnen,
Und wir wußten, was ihn preist:
Voller Liebe seine Stimmen,
Voller Kampfesglanz sein Geist.

Froher Sohn der Heimatberge,
Burschenherze stark und frei,
Wie der Willkür seiler Scherze,
Rechtschaffner tief und treu:
Zwischen Mützen und Genichen
Schwangen seine Pendel klar,
Menschlichkeit je zugewiesen,
Ringling noch im Grelsenhaar.

Der mit frischen Steigerbürtten

Südgebirge weit durchmacht,

Der in Augen jünger Mitten

Glühend beim Polale saß,

Der, wo schöne Kunst sich regte

Zu des Ewigen Symbol,

Sich erschließend mitbewegte,

Aller guten Geister voll.

War dem Rechte treuer Streiter,

War dem Armen Schutz und Port,

Seinem Stande Hochgelehrter,

War den Seinen Liebeshörer,

War dem Volke freier Führer,

Auch hilflos bis ins lechte Morl,

Aller guten Flammen Schärfer,

War ein Nestor edelfärt.

Er entspann, der Freien Freit'ler,

Seines Wirkens goldnes Neß

Eignam Herzensschlag, ein Meister,

Bändigend sich durch Selbstgesetz.

Unverkennbar dem Unbekiffen,

Bringt er wieder, lampgestillt,

Seinen Sieber, schwarsgeschissen,

Seinen blauen Ehrenhügel.

Wir entflogen unsre Blicke,

Denn mit Recht steht seine Uhr:

Er durchmäh der Erdgeschäfte

Menschlich überreiche Spur...

Und so sieht ihn, Feuerglut,

Denen sie sein Herz erchwoll,

Schlingt ihn in eich, zw'ge Kluten,

Esst ihn, Flammen, liebevoll!

Leipzig, 26. November 1917.
Rechtsanwalt Justizrat Dr. Au v. Gezel.

Reminiscenzen.

Doch das Kriegsbrot etwas Gutes ist, wird heute wohl niemand mehr behaupten. Es wird eben gegessen, trotzdem beachtliche Gutachten genügend vorliegen, die während ihre Stimme erheben gegen die Zubereitung unseres „täglichen Brotes“. Kriegsbrot haben wir bereits seit Ende 1914. So schnell allerdings wollte die Bevölkerung an die neue Brotart nicht heran. Am 1. Januar 1915 schrieb der Pirnaer Anzeiger, daß „K.-Brot“ überhaupt nicht zum Kauf gestellt werde. „Es ist dies leider ein Zeichen dafür, daß unser Bevölkerung der Ernst unserer Nahrungsmittelversorgung im Kriege noch nicht genügend einleuchtet.“

Das war vor drei Jahren. Die Erleuchtung ist inzwischen eingetreten, aber gründlich, sie fehlt nur noch da, wo sie am dringendsten erforderlich wäre, bei der Regierung und ihrem Aufhang. Dort wird festgehalten an dem System, durch Steigerung der Preise zur Produktion anzureizen und das Publikum mit Verstärkungen und Versprechungen satt zu machen, bis es nicht mehr kann. Heute werden noch ganz andre Sachen dem Publikum als Nahrung angesessen. Wir erinnern nur an die Eichel- und Kartoffelsuppe, an das Quedenmehl und der Teufel mag wissen was alles noch. Vor drei Jahren wollte niemand „K.-Brot“ kaufen. Es ist sehr interessant zu lesen, wie damals das laufende Publikum beschworen wurde, zu glauben, daß Essig füllt ist. Am 23. Januar 1915 lesen wir im Pirnaer Anzeiger unter der Überschrift: „Verlangt Kriegsbrot!“ „Kriegsbrot zeichnet sich sogar durch einen recht vornehmten Geschmack aus, und das ist nicht verwunderlich, da ja die feinsten Torten und Törtchen, Puddings und Aufläufe ebenfalls aus Kartoffelmehl hergestellt sind und gerade durch diesen zarten Stoff leicht und köstlich werden.“ „Auch die Bäcker hatten längst schon Kartoffeln und Kartoffelmehl dem Brotteig zugesetzt, „wenn sie nicht hatten befürchten müssen, daß darin eine Rahrungsmitteleinführung erblieb“. Jetzt allerdings ist ein Kartoffelzusatz beim Brothaufen von den Behörden vorgeschrieben, allerdings nur in bescheidenen Mengen (5 Prozent, Reb.) Die Behörden, die auf unser Wohl und Wehe zu achten haben, sehen es sehr gern, wenn größere Mengen zugestellt werden. Daraus geht doch, da unser Volk kräftig bleiben soll, schon hervor, daß Kriegsbrot etwas Gutes sein muß. Nur Unkenntnis, Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit sind schuld daran, daß Kriegsbrot in so vielen Brothandlungen nicht zu haben ist. Die Hauptstadt trägt das Publikum...“ usw. — Unsere Leser mögen sich selbst ein Bild machen aus dem Vergleich zwischen dem, was damals die Umspreßschrieb, und den Erfahrungen seit dieser Zeit.

Verhüllung der Schwindsucht der Kinder.

sd. In den letzten Friedensjahren hat man sich mit steigendem Interesse, die Leidern der Jugend und Kinde zu tragen. Mit Stellvertretern auszufüllen sind. Die Gäste von Gasthäusern und

Nicht erwartete man von der bewussten Anwendung der hygienischen Grundlage im täglichen Leben eine Endämierung der Volkskrankheiten, aber man verzaubert, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse nur an oft die Beziehung der Gesundheitswissenschaft hinderten. Durch den Krieg ist die Lebensweise der großen Massen sicherlich nicht hygienischer geworden. Die Sauberhaltung des Körpers und der Wohnung ist durch den Mangel an Nahrungsmitteleinfluß er schwert wie die Beschaffung einer ausreichenden Nahrung infolge des Mangels an Lebensmitteln. Daneben schwächt noch die übermäßige lange und anstrengende Arbeit besonders der Frauen und Jugendlichen die Widerstandsfähigkeit des Organismus, zehrt seine Nervenkräfte auf. Es lädt sich voraussehen, daß unter solchen Umständen die ansteckenden Krankheiten einen günstigen Boden finden und sich schnell ausbreiten müssen. Vor allem erscheinen die kleinen Kinder durch die Tuberkulose gefährdet. Sie besitzen an sich schon eine größere Empfänglichkeit für diese Leiden und erliegen ihm leichter als der Erwachsenen, der oft genau aus dem Kampfe mit der Schwindsucht als Sieger hervorgeht. Im Frieden ist es nicht gelungen, die Schwindsuchtgefahr der kleinen Kinder einzuschärfen, im Kriege fehlen dafür erst recht die Voraussetzungen. Nichtdestoweniger gilt es, der Verhüllung jener Krankheiten die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, soll nicht der Tod unter den jungen Erdenbürgern noch grausigere Kräfte halten. Der Berliner Kinderarzt Kleinhardt hat kürzlich in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift ausführlich gezeigt, wie der Aussteckung der Kinder vorgebeugt werden könnte. Oben steht natürlich die Gewöhnung einer zweckmäßigen, bekommlichen Nahrung. Ist die Kost settarm, dann muß mit Lebertran nachgeschlossen werden. Die Milch soll man stets abstoßen, um die bisweilen in ihr vorhandenen, von einer starken Kuh stammenden Schwindsuchtbazillen abzutöteten. Wichtigster ist natürlich die Verhüllung der Krankheitsteime des schwindsüchtigen Kindes. Der hustende Tuberkulose darf unter keinen Umständen mit kleinen Kindern zusammenwohnen, darf niemals ihre Pflege und Abwartung übernehmen. Eltern und alleinstehende Mütter, die, was gerade jetzt aus wirtschaftlichen Gründen häufig vorkommt, ihre Kinder fremden Menschen anvertrauen, sollten sich stets vorher davon überzeugen, daß sich in der anderen Familie kein Schwindsüchtiger befindet; auch bei der Verschickung der Stadtluft sollte nicht als bisher die Frage Beachtung geschenkt werden. Ferner bestimmt Kleinhardt, daß die Missionärschule die Kinder die an Tuberkulose schwer erkrankten Soldaten nicht ohne weiteres zu ihren Angehörigen entlässt, sondern in Anstalten unterbringe. Dadurch können manche Kinder von der gefährlichen Aussteckung im Elternhaus verschont bleiben.

Eine neue Rolle der Steckrübe.

Von der steilen Höhe, die die Steckrübe (Kohlrübe, Brüde) im vergangenen Winter auf dem Blasfelde der Volksnahrung erreichten hatte, ist sie jählings in die tiefste Versenkung hinabgestürzt. Sie hatte dem Magen in den verschiedensten Gestalten zu übel mitgespielt. Was Wunder, wenn er von ihr nun absolut nichts mehr wissen will. Das ist für ihr Unterskommen jetzt eine recht müßige Sache. Sie ist in Massen gezüchtet worden und beansprucht eine passende Verwendung. Was nun tun? Als Marmelade, Mischnahrung oder Kaffee-Erlauf wird das Volk sie entsetzen ablehnen, wie es bereits im Frühjahr trotz großem Hungers und Durstes geschehen ist. Es muß also etwas anderes ausfindig gemacht werden. Aber was? So einfach ist die Sache nicht. Doch spekulativer Köpfe wissen stets Rat. Und man muß staunen, was sie nicht alles austifeln. Die neueste Errungenschaft ist die Steckrübenwurst. Natürlich tritt sie nicht unter diesem Namen auf, das würde nicht nur eine schlechte Empfehlung, sondern ihr sicherer Fiascio sein. Unsere Brüder verzichten deshalb gern auf Titel und Orden und begnügt sich bescheiden mit einem möglichst unauffälligen Wirkungskreise. Ohne auch nur ihre Anwesenheit zu verraten, ist sie in großen Mengen mit 50 vom Hundert bei der Fabrikation von Leberwurst beteiligt. Wie uns versichert wird, soll sie sich hier vorzüglich bewähren. Es ist noch keiner Junge gelungen, sie zu entdecken. Und das ist ihr größtes Glück. Nachdem aber der Verräter, der nie schlafst, sie nun doch ans Tageslicht gezogen hat, wird es mit ihrer neuen Stellung bald wieder Essig sein. Welche Rollen sie dann noch passieren wird, muß abgewartet werden.

Abzüge von der Familienunterstützung sind ungesehlich.

Die Fälle, in denen Familienunterstützung tatsächlich oder vermutlich zuviel gezahlt worden ist, kommen überall vor. Der Lieferungsverband oder die ihm zugehörenden Gemeindebehörden versuchen dann öfters in der Weise, daß von den nächsten Unterstützungsräten ein mehr oder weniger erheblicher Betrag, ja sogar die ganze Unterstützung, zurückgehalten und gegen die tatsächlich oder vermutlich zuviel gezahlte Unterstützung aufgeteilt wird. Nicht selten werden auch andre Forderungen der Gemeinde, rückständiges Schulgeld, rückständige Steuern und dergleichen turzerhand von der auszuzahlenden Familienunterstützung abgezogen. Wir hören ausdrücklich hervor, daß derartige Abzüge mit den gesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch stehen. In allen Fällen empfiehlt es sich, gegen derartige Maßnahmen Beschwerde zu führen, auch dann, wenn diese Abzüge schon längere Zeit zurückliegen. Forderungen aus § 2 des Familienunterstützungsgesetzes, soweit sie auf Grund eines gesetzlichen Anspruchs geltend gemacht werden, verjährten erst in vier Jahren.

Nach § 10 Abs. 2 des Familienunterstützungsgesetzes findet eine Rückzahlung überhobener Familienunterstützung nicht statt. Über auch auf Grund der §§ 394 und 273, sowie 400 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Verbindung mit § 850 Abs. 1 Ziffer 1 oder 3 der Zivilprozeßordnung ist Familienunterstützung nicht übertragbar, nicht pfändbar, es kann dagegen nicht aufgerechnet und auch kein Zurückbehaltungsrecht geltend gemacht werden.

Abzugsfähig ist lediglich die Hinterbliebenrente, soweit sie über 3 Monate nach dem Tode des zum Heeresdienst Einberufenen weitergezahlt wird und unser Ansicht auch nur, soweit die Reichsunterstützung in Frage kommt.

Volkszählung.

Zur Beschaffung genauer Zahlenunterlagen für die Nahrungsmittelverteilung findet im Deutschen Reich am 5. Dezember eine außerordentliche Volkszählung statt. Die Gemeindebehörden, denen die Durchführung der Zählung obliegt, sorgen für die Ausstellung der Haushaltungslisten am 3. und 4. Dezember und die Wiederzählung am Nachmittag des 5. Dezember und am 6. Dezember. Für jede Haushaltung, der auch einzeln lebende Personen mit besonderer Wohnung und eigener Handwirtschaft gleichzuzählen sind, und für jede Anstalt ist eine besondere Haushaltungsliste bestimmt, die von den Haushaltungsbehörden, den Anstaltsleitern oder deren Stellvertretern auszufüllen sind. Die Gäste von Gasthäusern und

Herbergen, sowie die Insassen von Anstalten aller Art sind entweder in der Haushaltungsliste des Gastgebers oder Anstaltsvorstehers mit zu verzeichnen oder in besondere Haushaltungslisten einzutragen. Die Volkszählung dient wichtigen volkswirtschaftlichen Zwecken, die nur erfüllt werden können, wenn alle Haushaltungen und Anstalten durch die Zählung voll erfaßt und die Fragen der Haushaltungslisten von den Haushaltungsbehörden, Anstaltsleitern oder ihren Stellvertretern richtig und vollständig beantwortet werden.

Schüler-Weihnachtsgabe.

Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen ersuchen: Manchem armen Kind wird in dem vierten Kriegsweihnachten der Weihnachtsstisch kein Spielzeug bringen können. Kohlen, Holz und Nahrungsmittel in erster Linie fürs Haus zu beschaffen. Und doch bedürfen alle unsere Kinder in dieser schweren, freudearmen Zeit mehr als im Frieden der Freude, damit die jugendliche Seele nicht verklumpt und der harmlosen Spielfreude entröhrt wird. Da können die kleinen Kleinen selbst eine Weihnachtsgabe bereitstellen. Wer auf dem Boden oder in der Kommode Spielzeug hat, das nicht mehr oder selten in der Familie benutzt wird, der bringe dies Spielzeug auch Bilderbücher der Kinder-Weihnachtsgabe dar. Volks- und höhere Schulen, katholische und städtische Anstalten, mögen durch Lehrer und Direktoren eine schlichte Aufforderung in diesem Sinne ergehen lassen. Die eingegangenen Sachen werden in den Stadtbezirken in einer bestimmten Schule zusammengestellt und dann nach Ausgleich der Beigabenabnahmen innerhalb des Stadtbezirks durch den Armen- und Waisenrat des Bezirks verteilt. An manchen Orten wird durch einen kleinen Handels-, durch einen Regel-, einen Pfeßladen, etwas Karde die Geschenkgabe wieder gebrauchsfähig gemacht werden. Diesen Samariterdienst können die zahlreichen Schulwerkstätten als vaterländischen Weihnachtshilfsdienst leisten.

G. St.

Preisprüfungsstellen.

Die Einrichtung der Preisprüfungsstellen erfährt im Publikum nur noch eine humoristische Beurteilung. Meist ist ihre Tätigkeit nur darauf gerichtet, die eingehenden Beschwerden zu prüfen. Beschwerden ohne Namen und ohne Beweismaterial bleiben unberücksichtigt. Obwohl die Preisabförderungen ohne Scheu öffentlich erfolgen, sogar durch Aushang von Preisstafeln, sind es nur eine verschwindende Anzahl von Fällen, die untersucht und zur Anzeige gebracht werden. Die Konsumenten greifen nur ungern zu der von den Behörden empfohlenen Selbsthilfe. Sie fühlen bekannt, daß trotz der Überforderung der Höchstpreise durch den Händler die Käufer sich noch gegenseitig überboten. Dazu kommt, daß die Mehrzahl der Käufer, ja vielleicht auch ein Teil der Händler, im allgemeinen über die festgelegten Höchstpreise sind. Durch vor der Strafe scheint mehr und mehr zu schwinden und die Achtung vor dem Gesetz nicht minder. Selbst wenn eine wirklichere systematische Kontrolle durch die Preisprüfungsstellen durchgeführt würde, und auch gänzlich anonyme Anzeigen nachgegangen würden, wie vielfach mit Recht gewünscht wird; wenn auch die bestehenden Höchstpreisbestimmungen sonstige zum Schutz der Verbraucher erlassenen Verordnungen in kurzen Zeitspannen öffentlich wiederholt und monatlich den Händlern und Erzeugern zum Aushang angestellt würden, so glauben wir, daß der Zeitpunkt, wo diese Maßnahmen Wirkung gehabt hätten, vorbei ist.

Wie dem auch sei, jedenfalls beweisen die Tatsachen, daß die Preisprüfungsstellen so funktionieren, wie es nicht sein soll. Sie haben vermutlich selbst die Zuverlässigkeit einer ersprüchlichen Tätigkeit verloren, oder überhaupt nicht besessen. Die Behörden können nicht behaupten, daß sie nicht frühzeitig genug auf die Goldheit ihrer Maßnahmen aufmerksam gemacht worden sind, als es noch nicht zu spät war.

Es ist alles eins.

An einem Berliner Varieté war kürzlich folgender Witz zu hören: Zwei Feuergräue unterhalten sich über die Zeitläufe. Der eine fragt den andern: Was für eine Zeitung liest du? Antwort: Früher habe ich die Volkszeitung gelesen, heute lese ich den Vorwärts. Darauf antwortet der erste Feuergrau: Was den Vorwärts, Mensch, das ist ja dasselbe.

Lebensmittelkalender für Dienstag, den 27. November.

Für Haushaltungen.

Anmeldung: Belegantrag, leichter Tag — abzugeben 13 E der Lebensmittelkarte 21,1 und Fleischmarkenstreifen N 1—4, wenn darauf kein Fleisch angemeldet wird.

Hafermehl, leichter Tag — abzugeben 13 K der Lebensmittelkarte 21,1.

Griss und Hafermehl, leichter Tag — abzugeben 13 S der Lebensmittelkarte 21,1.

Ausgabe: Teigwaren, leichter Tag — bestellt mit 12 E, K, S der Lebensmittelkarte 21,1 und Fleischmarkenstreifen K 1—4.

Zusatzbrotkarten für Schwerarbeiter Nr. 1001—1250 der Haushaltungskarte.

Für Händler:

Butter: Bezugstartrausgab durch die Kleinhändler beim Großhändler und Ableserung durch die Großhändler an die Bezugsscheinstelle.

Lebensmittelzuhr aus den besetzten Gebieten. Angesichts der hier und da in der Presse aufgetauchten Klagen, daß bei der Ausfuhr von Lebensmitteln aus den besetzten Gebieten Offiziere einseitig bevorzugt würden, wird darauf hingewiesen, daß die vom Generalquartiermeister erlassenen Bestimmungen einen Unterschied in der Behandlung von Soldaten und Offizieren überhaupt nicht zulassen. Die Verfügung lautet dahin, daß Lebensmittel nur noch in Paketen bis zu 10 Kilogramm Einzelpackung aus dem Felde in die Heimat gefandt werden dürfen. Die Militärpaketämter sind angewiesen, schwere Versandstücke von Heeresangehörigen — ohne Unterschied des militärischen Raums — stets dann zu öffnen und auf ihren Inhalt zu prüfen, wenn begründeter Verdacht besteht, daß sie Lebensmittel über das zulässige Maß hinaus enthalten. Bestätigt sich der Verdacht, so hat sofortige Anzeige zu erfolgen, und zwar unter Namhaftmachung des Absenders und Empfängers sowie des Offiziers oder Beamten, der die Bescheinigung „Zur Förderung zugelassen“ vollzogen hat.

Über Erlasspaketstoffe und ihre Bedeutung für die Kriegswirtschaft steht am Sonnabend Kommerzienrat E. Glaviecz-Adorf im Ausdruck der Leipziger Handelskammer im Städtischen Anzeiger einen längeren Vortrag. Der Redner beweist zunächst die Wichtigkeit des Erlasses der vor dem Kriege über das Ausland zu und gekommenen Spinnstoffe durch einheimische Stoffe und verbreite sich danach über die Verarbeitung der gebrauchlichsten Arten von Erlasspaketstoffen: Prennessel, Schiß und Zellulose. Daneben wird noch ein vierter Erlasspaketstoff eine Rolle spielen, und zwar ein unter dem Namen Textilole bezeichnetes Mischprodukt der Papier- und Textilindustrie. Der Redner äußerte sich schließlich dahin, daß alle diese

Gefesse nicht nur als Kriegsgefangene, sondern auch für späteren Zeiten in weitgehender Weise die Unabhängigkeit der deutschen Textilindustrie vom Auslande gewährleisten werden.

Weitere Einschränkung der Bierproduktion. Durch Verordnung des Bundesrats vom 20. November ist das Malzkontingent der Bierbrauerien im neuen Kontingentrahrt auf 10 v. H. für die Bierbrauerien in Bayern rechts des Rheins auf 15 v. H. festgesetzt worden. Da das Kontingennt in den abgelaufenen Jahre 25 bezw. 35 v. H. betrug, so bedeutet die Festlegung eine weitere Einschränkung der Bierherstellung. Dabei ist noch zu bedenken, daß aus den 10 bis 15 v. H. vorab der Bierbedarf des Heeres und der Belagungsgruppen sowie der Rüstungsbauarbeiter gedeckt werden muß. Natürlich wird die Qualität des Bieres eher schlechter als besser werden.

Abschaffung von Perlholz. Der Rat fordert bei der jeweigen Knappheit an Heizstoffen zum Bezug von Perlholz auf, der sich als Zusatzbrennstoff für Haushalte eignet und der in den Gaswerken I und II zur Zeit in größeren Mengen vorhanden ist. Das Nähere ist aus der Bekanntmachung zu ersehen.

Verlegung einer Haltestelle. Die Große Leipziger Straßenbahn teilt uns mit, daß die Haltestelle Ecke Papiermühl- und Schönstraße am 26. d. M. bestellt und nach der Ecke Papiermühl-/Wasserturmstraße verlegt worden ist.

Knochenverkauf. Auf dem Schlachthof findet am Dienstag, dem 27. November, kein Verkauf statt.

Die Firma Augustin verkauft heute Rindsknochen an die Nummern von 87401 bis 88000.

Freibank I: Heute: Nr. 578 bis 1840; Freibank II: Nr. 1828 bis 2450.

Schellenberger. Heute: Nr. 6001 bis 8000.

Polizeinachrichten.

Die Belohnung wird erhöht. Es scheint leider zur Gewissheit zu werden, daß ein unehrlicher Finder die von einer Kontoristin vor einigen Tagen verlorenen 10 000 M. unterschlagen hat. Die auf die Herbeischaffung des Gelbes und Ermittlung des Täters ausgeschlagte Belohnung ist auf 600 M. erhöht worden.

Quittung.

In freiwilligen Beiträgen für die II. S. P. D. gingen beim Bezirksssekretariat ein: Celle, Hannover 3.00, Budapest 100 2.65, Berlin, S. G. 2.70, Wils. Hanke, Berlin 2.—, Ünf. Fländern-Lämpfer 7.—, 2. P. Fländern 2.—.

Das Bezirksssekretariat der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Leipzig.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Döhl-Wollseberg. Lebensmittelverteilung. Im Kolonialwarengeschäft kommt am Dienstag, von früh 9 Uhr an, auf die Warenmarke Nr. 1 je ein Viertelpfund Kartoffelgruppen zur Verteilung zu 11 Pf. für je ein Viertelpfund. Ferner wird am Donnerstag auf die Warenmarke Nr. 2 je ein Viertelpfund Grisch zu 8 Pf. für das Viertelpfund abgegeben. Zur Erlangung von Grisch sind die Warenmarken Nr. 2 bis Dienstagmittag 12 Uhr bei den Kolonialwarenhändlern abzugeben.

— Anmeldung zur Landsturmsammlung. Die in der Gemeinde Döhl-Wollseberg in beiden Ortsteilen wohnende Landsturmpflichtigen, die in der Zeit vom 1. bis 30. November 1917 das 17. Lebensjahr vollenden oder vollendet haben, müssen sich Montag, den 8. Dezember, vormittags 8 bis mittags 12 Uhr, im Gemeindeamt Döhl, Zimmer 4, unter Vorlegung des Geburtshefts zur Landsturmsammlung anmelden.

Gaußig. Die Gemeinde hat abzugeben an Kinder von 1 bis 3 Jahren, an Schwangere vom sechsten Monat der Schwangerschaft an und an frische und über 70 Jahre alte Personen: Schokolade (Tafel 20 Pf.), Haushaltmilchung (Tafel 65 Pf.), Speiseflocken (Tafel 20 Pf.) und Haferflocken (Tafel 30 Pf.), Mozart- und Zellermeier-Keks (2 Tafel = ½ Pfund 2.70 Mr.), Hafergrütze (Pfund-Tafel 50 Pf.). Die Mengen sind auf zwei Wochen bestimmt. Soweit Grisch bezogen wird, besteht kein Anspruch auf diese Lebensmittel. Die Ausgabe erfolgt alle 14 Tage Sonnabends von 8 bis 12 und 2 bis 4 Uhr in der Schulturnhalle, das nächstmal Sonnabend, den 1. Dezember, gegen einen Ausweis des Gemeindeamts, der stets Mittwochs nachmittags von 8 bis 5 Uhr vor jeder Warenausgabe zu entnehmen ist.

Marktstädt. Speisemöhren (bis zu sechs Pfund für den Haushalt) kommen Dienstag bei Vogel, Gustaf, Kuerbach, Möller, Teuffel, Sahn, Weigert, Thomas, Schubert, Rindfleisen und in der städtischen Verkaufsstelle gegen Abgabe der örtlichen Fleischmark zum Verkauf. Der Preis beträgt 15 Pf. für das Pfund.

— Kohlenlärten. Anträge auf Ausstellung für den Dezember bis März gültigen Kohlenlärten sind von den Haushaltungsvorständen, soweit sie nicht Wintervorrat besitzen oder schon Antrag auf Ausstellung einer blauen Kohlenlarie gestellt haben, in der Kohlenstelle, Markt 11, vormittags zwischen 9 und 12 Uhr, zu entnehmen und dort bis zum 28. d. M. wieder einzureichen.

Schleußig. Kriegunterstützung. Die Auszahlung der Familienunterstützung für die erste Hälfte des Dezember erfolgt Sonnabend, den 1. Dezember, und zwar von 8 bis 9 Uhr an die Nummern 1—250, von 9 bis 10 Uhr Nr. 251—500, von 10 bis 11 Uhr Nr. 501—750 und von 11 bis 12 Uhr Nr. 751—1000.

Eilenburg. Städtische Warenverkauf. Auf Bezugsschein Nr. 11 wird ein Viertelpfund Süßkraut (Pfundpreis 68 Pf.) oder Marmelade (Pfundpreis 90 Pf.) abgegeben.

— Petroleumabgabe. Auf Grund der Lebensmittelmarke wird für Dezember für jeden Haushalt ein Viertelliter Petroleum verausgabt.

Sächsische Angelegenheiten.

„Reform“ der Ersten Kammer.

Zur Reform der Ersten Kammer hat die Regierung den getreuen Ständen zwar noch keine Vorlage zugehen lassen, aber in der Königlichen Leipziger Zeitung ist so etwas wie eine offizielle Mitteilung über das Aussehen der „Reform“ erschienen, sie hat auch schon ziemliche Erörterungen hervorgerufen. Einleitend wird in dieser Mitteilung ausgehängt, es sei ein Ding der Unmöglichkeit, den Berufsgruppen eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung in der Ersten Kammer zu gewähren.

„Die Aufgabe wäre nur zu lösen,“ heißt es in dem Aufsatz dann, „wenn man die ganze Kammer auf das berufständische Prinzip aufbaute und wesentlich vermehrte.“ Eine solche fundamentale Aenderung des Charakters der Ersten Kammer ist aber, nach Lage der Sache ausgeschlossen. Einer solchen als Interessenvertretung aufgebauten Ersten Kammer gegenüber würde auch die Zweite Kammer sich sehr viel schwerer durchsetzen in der Lage sein. Es erscheint daher richtiger, der Krone zu überlassen, aus den freien Berufen diejenigen Personen auszuwählen, die sich durch Erfahrung oder Leistungen als sachverständige Kenner ihres Berufs bewährt haben. Wenn von diesem Grundsatz der königlichen Ernennung bei Handel, Industrie und Handwerk eine Ausnahme gemacht werden kann, so beruht dies darauf, daß diese Berufe in den Handels- und Gewerbezimmern Organe besitzen, die sich als unparteiisch und sachlich arbeitende Körperschaften bewährt haben. Man kann bedauern, daß der Arbeiterstand eine solche Vertretung noch nicht besitzt. Seine Organisationen sind auf den Interessen- und Parteidampf gerichtete Vereinigungen, die je nach der Parteidampfung verschiedene Ziele verfolgen. Eine Wohl von Arbeitervereinheiten zur Ersten Kammer ist daher zur Zeit schon aus diesem Grunde nicht möglich. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß Vertreter des Arbeiterstandes in

der Gruppe der freien Berufe durch königliche Ernennung in die Erste Kammer berufen werden können. Das erscheint auch erwünscht, nur wird sich der Arbeiterstand sagen müssen, daß er den Schwerpunkt seiner Interessenvertretung in der Zweiten Kammer zu suchen hat, und sie dort in einem Maße besitzt, der den Bedeutung des Arbeiterstandes durchaus gerecht wird. Die Sozialdemokratie wird die Richtigkeit dieses Satzes nicht zugeben wollen. Uns liegt es fern, ihr dies zu verdeutlichen. Nach ihrem Parteidampf verfolgt sie Ziele, über die sie sich mit dem gegenwärtigen Staate schwerlich jemals verständigen wird. Sie wird insoweit immer Oppositionspartei sein und bleiben wollen. Das schließt nicht aus, daß es in unsrer für das Vaterland so crasten Zeit unter aller Pflicht ist, die bestehenden Gegenstände nach Möglichkeit sachlich zu erörtern und auszutragen.“

Ob die Arbeiter in der Zweiten Kammer eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung haben, können die Arbeiter nur selbst entscheiden, kein Schriftsteller Minister oder Geheimrat. Bei den Deutschen hat sich wegen des allgemeinen Pluralwahlrechts herausgestellt, wie benachteiligt sie sind. Die Sozialdemokratie hatte 48 000 Stimmen mehr als sämtliche bürgerlichen Parteien und noch kein Drittel Vertreter, damit ist der wahre Sachstand der Vertretung ausgedrückt.

Ammer mehr Behördend.

Eine Geschäftsstelle für Handel und Landwirtschaft ist im Sächsischen Landeskundemittelamt im Anschluß an die Landesbehördenstelle gegründet worden. Man hat ihr die Form einer G. m. b. H. gegeben und sie mit einem Kapital von 200 000 M. ausgestattet. Der Staat hat die eine Hälfte gezeichnet, während die Vertretungen von Handel und Landwirtschaft im Königreich Sachsen je 30 000 M. beigetragen haben.

Lebendgaben.

In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt teilte Regierungsrat Großmann mit, die vom April bis August gewährte verbilligte Fleischausgabe erforderliche Insumpf 1 200 000 M. vom Reichs- und Staatsfiskus wurde dazu ein Vorzuschuß von 1 100 250 M. gewährt. Den geringen Restbetrag von rund 150 000 M. hat die Landesbehördenstelle auf die Staatskasse übernommen. — Statt die Preisdiktat so zu treiben, daß die Preise so niedrig gesetzt werden, daß sie auch von der armen Bevölkerung genutzt werden können, sagt man sie nur für einige Zeit für die Verbraucher niedrig und leistet den Zuschuß aus Gemeinde- und Staatsmitteln bis zur Höhe des Verkaufspreises. Damit aber hat die Allgemeinheit eine Liebhaberei an die Landwirtschaft gebracht. Diese Preisdiktat wird auch allmählich in bürgerlichen Kreisen als verschleiht angesehen, freilich, bis zu einem letzten Druck auf die Regierung hat sich diese Einsicht bei jenen Kreisen noch nicht verbreitet.

Es gab dann in jener Sitzung noch eine Aussprache über Kartoffelversorgung. Neben die Kartoffelzuweisung wurde mitgeteilt: Von außerhalb (Preußen) war die Lieferung von 200 000 Zentnern angestellt. Daraus sind bisher 136 297 Zentner geliefert worden. Es steht also noch ein Rest von rund 80 000 Zentnern aus. Von 190 000 Zentnern, die im Bezirk aufzubringen waren, sind erst 90—95 000 Zentner eingegangen. Der Rest ist aber mit Sicherheit zu erwarten. Nun haben die Gemeinden Deuben und Döhlen auch für diesen Winter Schwerarbeiter-Kartoffelzulagen beantragt. Dafür ist freilich die Amtshauptmannschaft nicht zuständig. Das Ministerium des Innern aber hat im Einvernehmen mit der Reichskartoffelstelle die Gewährung solcher Zulagen untersagt. Es entspannt sich eine Aussprache über den Antrag, in deren Verlauf Bürgermeister Wittig (Niederau) warm für die Gewährung der Zulage eintrat. Er erklärte aber, daß er sie am liebsten auf alle Verbraucher ausgedehnt wissen möchte. Es wurde beschlossen, die Eingabe mit Bevorortung weiterzugeben.

Plauen. Als am Sonnabend ein Straßenbahnenwagen, vom Preiselpöhl kommend, nach der Breiten Straße einfahren wollte, stieß er mit einem einspannigen Polizeipostwagen, der vor dem Kolonialwarengeschäft Weidert hielt und wahrscheinlich noch dem oberen Bahnhof jahrelang vorbereitet, der Postwagen aber bis an die Lichtenborstrasse mitgeschleppt wurde. Dabei flüchtete der Antisemit, ein junger Mensch, vom Wagen, erlitt aber glücklicherweise nur leichte Verletzungen. Auch dem Pferd ist angeblich kein schwererer Schaden geschehen; es lärmte bloß etwas. Der Wagen, der eine größere Menschenansammlung zur Folge hatte, sah recht gefährlich aus, und es schüttet dem diensthabenden Schaffner Dahl, der, um größeres Unglück zu verhindern, im Augenblick der Gefahr die Gestellengewicht befreit, befreit auf die vordere Plattform an springen und den Straßenbahnenwagen zum Halt zu bringen. Während der Fahrt waren einige Fahrgäste aus dem Wagen gesprungen; eine Dame erlitt dabei eine leichte Kopfverletzung.

Gewerkschaftsbewegung.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1918.

II.

Bon Interesse ist die Gegenüberstellung der Ausgaben im Jahre 1915 und 1916. Sie betragen:

	1915	1916
Reiseunterstützung	102 460	48 556
Umgangskosten	186 007	107 568
Arbeitslosenunterstützung	3 485 420	1 440 188
Arbeitsunfähigkeits-(Kranken-)unterstützung	2 426 038	3 664 502
Arbeitslosenunterstützung	529 586	539 893
Bethilfe in Notfällen	1 184 184	1 266 799
Bethilfe für notleidende Kollegen	1 824 322	303 068
Unterstützung an Familien der Kriegsteilnehmer	8 074 055	5 992 064
Zahnbewegungen ohne Arbeitsseinstellung	187 855	70 577
Streiks und Ausperrungen	35 881	104 052
Kreishilfe (an Mitglieder gewährt)	105 550	87 671
Gemaßregeltenunterstützung	15 700	18 627
Berbandsorgan	1 225 165	1 246 201
Bildungsziele und Statistik	265 567	391 522
Agitation	1 461 140	1 508 204
Konferenzen und Generalversammlungen	138 382	204 715
Verwaltungskosten der Hauptverwaltung:		
a) Gehälter und Versäumniskosten (per-		
sonnliche)	1 280 431	1 108 721
b) Verwaltungsmaterial (sämtliche)	488 389	488 240
Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gaue	8 002 870	7 298 224

Die Ausgabe für Krankenunterstützung ist gestiegen, ein Beweis, daß die gesundheitlichen Verhältnisse ungewöhnlich gut geworden sind, was ja auch kein Wunder ist. Dann aber ist bemerkenswert, daß auch die Ausgabe für Streiks und Ausperrungen höher war. Trotz des „Burgfriedens“ ist es besonders im Bergbau zu Ausperrungen im Jahre 1916 gekommen! An Bergmännern hatten die Verbände im Jahre 1916 85 848 168 M.; im Jahre 1915 betrug es 67 820 187 M. Das Vermögen des Metallarbeiterverbandes ist in dieser Summe nicht enthalten, weil diese Gewerkschaft Angaben über ihren Vermögensbestand nicht macht. Sie ist der merkwürdigen Meinung, daß die Unternehmer am Vermögen die Kampffähigkeit des Verbandes abschätzen können.

Das Korrespondenzblatt sagt am Schluß der zeitlichen Ausführungen über den statistischen Angaben, die Stimmung für die Arbeiterchaft sei äußerst fröhlich. Es möchten sich Meinungen austauschen, die auch in den Verordnungen der Stellvertreter der Generalversammlungen

doch zum Ausdruck führen, den Gewerkschaften die Tätigkeit zu beschränken oder völlig zu unterbinden. Das sei ein gewöhnliches Sündhaftes, das dadurch leicht zu Zuständen in Deutschland kommen, die niemand wünsche, der es ernst mit der Wohlfahrt des Landes und des Volkes meinte. Den Anlaß zu solchem Vorgehen soll die angeblich nicht genügende Steigerung der Produktion, die nicht ausreichende Wirkung des Gesetzes und die Wirkung nicht voll erzielt habe, so treffen die Schuld die Unternehmungen und ihre Organisationen. Die Gewerkschaften und die Angestelltenverbände hätten sich im Dezember 1916 nicht nur bereit erklärt, bei der Durchführung des Gesetzes mitzuwirken, sondern hätten dies in erster Weise vom ersten Tage an getan. Widerstand hätte das Gesetz in Unternehmenskreisen gefunden. Schließlich wird noch erklärt, daß der Kampf mit den Unternehmungen der Schwerindustrie die versuchten, die Gewerkschaften im öffentlichen Leben zurückzudrängen, aufgefochten werden müsse, und es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß dieser Kampf um Recht ohne innere Erfüllung keinen Abschluß zum Abschluß kommen möge.

Verband der Buch- und Steinbrucharbeiter.

Nach den bis Sonnabend, den 24. d. M., vorliegenden Berichten der einzelnen Geschäftskommissionen haben eine Reihe von Firmen folgende Teuerungsablagen für ihre Betriebe als verbindlich erklärt: Für verheiratete männliche Personen 8 M., ledige 7 M. und für weibliche 6 bis 7,50 M. für die Woche. Eine Anrechnung früher gezahlter Zulagen findet nicht statt. Jahrhundert sind diese Zulagen erstmalig am 30. November resp. 1. Dezember. Die noch anstehenden Betriebe berichten in der laufenden Woche. Bei unbedrängten Angeboten ist die Verwaltung beauftragt, unverzüglich eine Entscheidung der Amtsgerichte herbeizuführen, da der 140prozentige Druckschadenszuschlag ungemeinlich eine gleichmäßige Behandlung der Angelegenheit ohne jede Schädigung des einen oder andern Geschäftes verläßt. An letzter Stelle von interessanter Seite verbreite Gerüchte über Verhandlungen zwecks Brillenregelung der Teuerungsablage zwischen den beiden in Frage kommenden Organisationen entbehren jeder Begründung.

Zur Urabstimmung im Holzarbeiterverband.

Am Freitag, dem 28. November, beschloßt sich im Berliner Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung der Berliner Zahlstellen des Holzarbeiterverbands mit der vom 5. und 6. November abgehaltenen Reichskonferenz des Verbandes. Dabei wurde auch eine Stellung genommen zu der vom 1. bis 17. Dezember stattfindenden Urabstimmung über die Beitrags erhöhung und Neuregelung des Unterstützungsweises. Gegen 4 Stimmen nahm die von mehr als 200 Delegierten beigefügte Generalversammlung folgende Resolution an:

Die Generalversammlung steht sich außerstande, die von der Reichskonferenz umgearbeitete Vorlage des Vorlands den Kollegen zur Annahme zu empfehlen. Sie befürwortet, daß der Anteil der Berliner Delegierten, statt der Vorlage, eine Erhöhung der Beiträge um 20 Pf. und eine entsprechende Erhöhung der Kampfunterstützungen vorzunehmen, von der Reichskonferenz abgelehnt werden ist. Unter diesen Umständen empfiehlt die Generalversammlung den Kollegen, die Vorlage in der Urabstimmung abzulehnen.

Dieselbe Stellung dürften auch andre große Zahlstellen des Verbandes einnehmen.

Die Berliner Eisen-, Metall- und Revolverdrehler.

beschäftigen sich in einer

Bettel mit dem Auftrage, ihn in ein benachbartes Haus drei Treppen hoch zu tragen; während dieser Zeit wollte er die Marxischen Gedanken aufbewahren. Der Knabe ging aber nicht auf das Verlangen Munkels ein. Darauf versehete dieser ihm einen Stoß, entzündete ihm mit einem gespannten Faden die Tasche und entfloß. Am unteren Ende befanden sich Zwischenräume und 1.40 M. bare Geld. Wegen Straftatvorwurfs vor das Landgericht gestellt, wurde Munkel zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Geflügeldebstähle. Von Anfang März bis in den Mai hinein wurden zahlreiche Hühner- und Gänsedebstähle zur Anzeige gebracht, die in der Gegend von Gatschow, Grünau, Wurzen und Golditz in einer Reihe von Dörfern verübt worden waren. In einem Falle hatten die Diebe außer Geflügel auch eine Riege an Ort und Stelle abgeschlachtet und mitgenommen. Dagegen nutzten sie aus einem Schößt in Altenbach, in dem sie ein Schwein abgeschlachtet hatten, mit leeren Händen abziehen, da der Besitzer erwachte und die Diebe verschreckte. Schließlich wurden als Täter die Arbeiter Karl Gustav Käst aus Lennewitz, Franz Paul Müller aus Lutschau und Michael Robert Bielig aus Leubnitz ermittelt. Es konnten ihnen Diebstähle in Seestadt, Böhmen, Gatschow, Seifersdorf, Kleinrössen und andern Dörfern nachgewiesen werden. Das Landgericht Leipzig verurteilte Käst zu vier Jahren, jedoch Monaten Buchthaus und Müller zu fünf Jahren, jedoch Monaten Gefängnis. Weitere standen noch der Arbeitnehmer Friedrich Arthur Eggert aus Kaulnseeberg unter der Anklage der Hebamme und der Arbeiter Hermann Voigt unter der Anklage der Urkundenfälschung und des Betriebs. Eggert habe den Dieben Geflügel abgelaufen und dann wieder weiterverkauft. Voigt hatte gemeinschaftlich mit Bielig falsche Ausweiskarten angefertigt, um darauf Lebensmittelkarten zu erlangen. Voigt erhielt zwei Monate Gefängnis. Eggert neun Monate Gefängnis ausserlegt.

Aus der Reichshauptstadt.

Arbeiterbildungsschule. Die Kursusstunde des Genossen Eduard Bernstein kann wegen Verhinderung des Vortragenden in dieser Woche nicht am Dienstag, sondern erst am Freitag, 30. November, stattfinden.

Eine neue Verteilung von Kaffee-Ersatz wird vor Weihnachten in Groß-Berlin stattfinden. Die Frist für die Abgabe des Bestellabschnittes der hierbei zur Verwendung gelangenden neuen Kaffee-Ersatzkarte Nr. 7 beginnt am 26. November und endigt am 2. Dezember. Die Ware wird vom 20. Dezember an erhältlich sein.

Fleischmarken für ungültig erklärt. Die für die Zeit vom 26. November bis 23. Dezember 1917 ausgestellten Reichsfleischmarken für Berlin und Nachbarorte Serie XXVII Nr. 9001 bis 10 000, die durch Einbruch entwendet worden sind, werden für ungültig erklärt. Die Fleischer oder Fleischverkäufer und Gastwirte, denen solche Karten zur Abtrennung der Fleischmarken von den Mittelstücken vorgelegt werden, werden aufgefordert, diese Karten an zu halten.

Neues Theater.

Montag, den 26. November 1917

28a. Unterrichtsvorstellung (4. Folge, braun)

Das Glöckchen des Gremien.

Romantische Oper in 3 Akten, nach dem Grandstück des Lasten und Kommen, deutsche Bearbeitung von G. Ernst. Mußt von Helmuth. Mußt. Sotting: Kapellmeister. Konrad. Bühnenfirma: Spielstätte. Personen: Thibaut, ein reicher Bader (Georg Marion); Georgotte, kleine Frau (Dorothea Hollfeld); Selma, Dragontier-Unteroffizier (Eduard Kapell); Schiba, ehemaliger Koch des Thibaut (Alfred Holz); Rose, Kleine, eine arme Bäuerin (Günther Glöckler); Gunzberg (Emil Herberg).

Paufe nach dem 1. Akt.

Schauspielpreise. Einlaß 8 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende ungef. 10 Uhr

Alles Theater.

Montag, den 26. November 1917

Vollständige Vorstellung.

In der Neuinschulung.

Die Kreuzschreiber.

Bauernkomödie in 3 Akten (6 Bildern) von Ludwig Engengruber. Bearbeitung: Oberstelleiter Wolf Kind. Personen: Anton Huber, der Bauer vom goldenen Hof (G. Neimann); Josephine, sein Weib (Katharina Wirth); Der Schuhmacher vom Grundhof (Wilhelm Hartenstein); Der Steinmetz (Carl Götz); Zeit, der Wirt (Oskar Berger); Martha, sein Weib (Marie Dahlhoff); Peter, Schneider (Hans Dürr); Hans, Matthes, Klemmer, Der alte Brenninger, Bauern (Hans Goldfarb, Hans Reißer, Wilhelm Engst, Rud. Haas); Wolf, Sipp, Burschen (Franz Kaiser, Hans Zelle-Götz, Alfred Berger); Hoff, Ulrich, Henkel, Thobias, Besinde vom goldenen Hof (Mita Ott, Altotta Krause, Kurt Hönsch, Hans Schöfer).

Paufe nach dem 2. Akt (6. Bild).

Gute Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende ungef. 9½ Uhr.

Krystall-Palast

Theater. (Festspiel 207.)

Wilhelm Hartstein-Gastspiel.

Nur noch 5 Tage: Der „schöne“ Wilhelm.

Vorber: Auftritten versch. erstkl. Künstlerspezialitäten

Anfang 7½ Uhr. Gewöhnl. Preise. Unterkundkarten 5.50 M.

Ab 1. Dezember: Der dritte Lachsclacker:

Er oder Er.

Posse in 2 Bildern von W. Hartstein.

Licht-UT. Spiele

Doppelprogramm. — Erstaufführung.

Die Stunde seiner Jugend.

Film-Drama in 4 Akten von Robert Heymann.

In der Hauptrolle: Lore Giesen.

Auf vielseitigen Wunsch nochmals:

Das Geheimnis der alten Mamsel.

Roman von E. Marlitt in 4 Akten.

Hauptdarstellerin: Edith Meller.

Für jugendliche erlaubt.

Telef. 3187 Durchgang Rübeckstrasse 31

Hainstr. 19

• Im Herzen der Stadt.

Mischer mit Gänse. Der Gänsehändler Albert Steinhaus, Berlin-Lichtenberg, Magdalenenstraße 17, ist wegen Höchstpreisüberschreitung und wucherhafter Preisfreiheit zur Anzeige gebracht worden. Er kaufte Gänse, für die ein Höchstpreis von 10 Mark vorgeschrieben ist, in der Gegend von Schrimm und Gostyn zu Preisen von 22 M. und darüber auf, um sie in Berlin an bevorzugte Kunden mit Wucherpreis zu veräußern. Als er auf dem Magdeburgstr. 285 Gänse antrief, wurden sie ihm vom Kriegswieckhof beschlagnahmt.

Revision der Brotzusatzkarten. Die Groß-Berliner Schwerarbeiterzentrale, die die Verteilung von Brotzusatzkarten vornimmt, hat zur Feststellung, ob die Voraussetzungen für die Gewährung der Brotzusatzkarten in den einzelnen Betrieben vorliegen, aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Revisoren bestimmt, die Nachprüfungen in den Betrieben vornehmen werden. Die Revisoren sind im Besitz von Ausweiskarten. Sie sind berechtigt, in die von den Betrieben zu führenden Nachweise, die die Beschäftigungsart im Betrieb beschäftigten Personen angeben, Einsicht zu nehmen.

Mordversuch aus Heimweh. Das 14 Jahre alte Dienstmädchen Elida Situse hat die Familie ihres Dienstherrn, des Schlächtermeisters Otto in der Simon-Dach-Straße 16, durch Öffnung der Gasähne in der Wohnung zu vergiften versucht. Das Mädchen verschaffte sich zunächst aus einer Drogenhandlung ein Pulver, das sie in den Kaffee mischte. Bei den Familienmitgliedern stellte sich nach dem Genuss Erbrechen ein, ohne daß man die Ursache feststellen konnte. In der Nacht zum Sonnabend hat das Mädchen die Gasähne der Wohnung des Schlächtermeisters geöffnet, um die Familie des Schlächtermeisters zu töten. Sonnabendmorgen erwachten die Familienmitglieder mit Kopfschmerzen. Es ergab sich, daß das Unwohlsein auf die Einatmung von Gas zurückzuführen war, da die Gasähne offen waren. Es wurde schließlich ein Brief gefunden, in dem das Dienstmädchen seine Mutter um Überleitung von Rattengift bat, um damit Menschen zu töten. Das Mädchen wurde von der Kriminalpolizei vorläufig in Haft genommen. — Wie ein Blatt mitteilt, hätte es bei der Vernehmung als Grund Heimweh angegeben. Die Verhaftete scheint sich der Tragweite ihres Verbrechens nicht bewußt gewesen zu sein. Hinsichtlich wird auch eingehend festgestellt, wie das Dienstmädchen behandelt worden ist.

Bon Nah und Fern.

Schwerer Sturm an der Küste.

Hamburg, 25. November. Hamburg und das Gebiet der unteren Elbe sowie die Nordseeküste und die westliche Ostsee werden seit Freitagabend von einem schweren Sturm überrollt, der in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag am schlimmsten getobt hat. Unaufhörlich droht den Bewohnern der Hamburger Wasserläste das Donnern der Signal-

geschübe in die Thren, die das gefährdende Szenen der Elbe anzeigen und die darauf hinweisen, daß für die niedrigstgelegenen Städte Sicherungen gegen an erwartende Sturmstufen zu treffen seien. Der von Wolkenbrüchen und Hagelschlägen begleitete Sturm hat stellenweise viel Unheil angerichtet. Bei Altona ist ein mit Brandmittel beladenes Fahrzeug untergegangen. An andern Stellen haben sich Schuten und Reichter von ihren Croßen losgerissen; einige kleine Dampfer sind auf den Strand getrieben, was, soweit sich bis jetzt zu übersehen ist, ohne Verluste von Menschenleben abgelaufen ist. Auch am Sonnabendmorgen blieb das Wetter stürmisch mit Regen und Hagelböen.

Störung des Fernsprechverkehrs.

Berlin, 25. November. Durch die Stürme der letzten Tage sind viele Fernsprechverbindungen gestört, so daß bis zur In Angriff genommenen Wiederherstellung der Leitungen die Gespräche noch außerhalb Verzögerungen erleiden werden.

Briefkassen der Redaktion.

228. Ein bestimmter Mindesttag ist den Kommunalverbänden nicht vorgeschrieben. Jetzt sollen sie aber den Auftrag mindestens um 5 M. monatlich für jede unterstübungsberechtigte Person erhalten.

228. Bestellen Sie das Blatt bei der Post.

228. 1. 1.117 Milliarden. 2. Von einer solchen Steuererhöhung ist uns nichts bekannt. 3. Es liegen bereits Beschlüsse des Reichstags vor, denen aber der Bundesrat noch seine Zustimmung zu geben hat.

228. In einzelnen Gegenden besteht auf Grund von militärischen Verordnungen der Arbeitszwang für Frauen. Das Soldatenstiegsgesetz kennt diesen Zwang nicht. Es ist aber vorgesehen, daß die Unterstüzung entzogen werden soll. Der Antrag auf Zusatzunterstützung ist bei der Ortsbehörde zu stellen, die ihn dem Bevölkerungsverband unterbreitet und gegen dessen Entscheidung Belehrung geführt werden kann.

228. Ist der durch einen Unfall Verletzte auf Grund der Reichsversicherungsordnung gegen Krankheit versichert, so beträgt das Krankengeld vom Beginn der nächsten Woche noch den Unfall bis zum Ablauf der dreizehnen mindestens zweit Tritt des mehrglebenden Grundlohnes. Der Betriebsunternehmer ist verpflichtet, der Ortsbehörde über die Bedürftigkeit Anzeige zu erstatten. Sie tun gut, Entschädigungsmöglichkeit bei dem Vorstand der zuständigen Berufsgenossenschaft anzumelden.

228. An. Ihr Mann soll sich den Mutterteil auszahlen lassen. Stirbt er eher als seine Großmutter, so hat, da er keine Nachkommen hinterläßt, noch die Großmutter Anspruch auf die Hälfte des Nachlasses, wenn dieser mehr ausmacht als das Handinventar.

228. 1. Die Höhe des Kriegsgefangenentlassung kann, besonders wenn die Unterhaltung von Familienmitgliedern daraus bestreiten werden soll, die ganz oder teilweise verfülligt werden. Der Antrag der Angehörigen ist an den Feldtruppenteil, dem der Gefangene angehört, zu richten. Er kann auch dem Feldtruppenteil unterbreitet werden. Zweckmäßig ist es, wenn eine Bekleidung der Ortsbehörde über die Bedürftigkeit belegt ist. 2. Nur dann, wenn Sie sich dazu durch Vertrag oder Unterschrift verpflichtet haben.

228. An. Stellen Sie den Antrag an den Rat der Stadt Leipzig. Von ihm werden Sie Bescheid erhalten, welche Papiere einzureichen sind. Die Erteilung des Bürgerrechts mit Einschluß der Verpflichtung kostet 5 M.; im Falle der Vergangenheit sind 1 bis 5 M. zu entrichten.

Neues Operetten-Theater.

Montag, den 26. November 1917

Vollständige Vorstellung.

Die Fahrt ins Glück.

Operette in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Beck.

Wurst von Gustav Hahn.

Personen: Max, der Capore, Präsident von Meissner (Olaf Modrow); Walther, Giesebeck, Konsul von Meissner (Wladimir Hahn); Trude, seine Tochter (Marie Genter); Baron Leo von Pellingen (Friedrich Weber); Baronin (Hans Reinhardt); Der Chef des Präsidiums (Hans Reinhardt); Gisela, seine Tochter (Willy Weimar); Hella von Sanden, Empfangsraum des Reichstages (Wolfgand Warbeck); von Eichendorff (August Löblich).

Paufe nach dem 1. Akt.

Großkunst. Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Die Logekassen im Neuen, Alten und Operetten-Theater sind von 10-2 Uhr geöffnet.

Leipziger Schauspielhaus.

Montag, den 26. November 1917

Die Schusterlingschlacht.

Komödie in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Im Scene gespielt vom Oberstelleiter Bernhard Wildenbrück.

Personen: Max, der Schuster, Schustermeister (Paula Wirth); Else, verlo. Frau Schmidt, Laune, Nov., 1916 über Tochter (Käthe Schröder); Grete Döpke, Matthe (Walter Bögel); Käthe (Käthe Schröder); Walter Bögel; Max, sein Sohn (Kurt Eisner); Richard Schäfer, Postleiter im Winkelmannschen Geschäft (Hans Leibelt); Dr. August Hirsch, Oberlehrer (H. W. Lawrence); Ein Kontorbedient (Komrad Bachmann).

Ort: Berlin. — Zeit: Gegenwart.

Zwischen dem ersten und den übrigen Akten liegt die Zeit von drei Monaten.

Paufe nach dem 2. Akt.

Gewöhnl. Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Durchs- und Jahreskarten haben Gültigkeit.

Die Logekasse ist geöffnet von 10-2 Uhr. Sonntags von 11-2 Uhr.

GROSS - Leipzig

Bayerische Straße 8-10.

Nur noch 4 Tage dasselbe Programm

Hagenbeck

Täglich Abendvorstellung um 7½ Uhr.

Mittwochs - Sonnabends - Sonntags je 2 Vorstellungen um 3½ und 7½ Uhr.

Vorverkauf Hagenbeck-Hauptkasse, Groß-Leipzig, vorm. 10-1 Uhr, nachm. ab 2 Uhr (Fernruf 1430), sowie für Abendkarten im Zigarrenhaus H. Pressler, Goethestr. 1 am Augustusplatz (Fernruf 861).

Die im Schatten leben.

(schuldlos Geächtete)

Hauptrolle: Ellen Richter.

Die wiederholte Aufführung dieses Films erfolgt auf besonderen Wunsch des Leipziger Vereins der „Kinderfreunde“ und des Vereins „Mutterzuhause“.

Der Kammerdiener der Fürstin.

Lustspiel in 3 Akten.

Uchtung, Leser in Knauthain, Hartmannsdorf u. Bösdorf!

20 M. Belohnung, wer mir den Dieb nennt, der in meiner Hartmannsdorfer Obstplantage habt. Iepzig u. Sauerkratzbaumkunst Anfang vor. Woche gestohlen hat. Verjährigkeit zugestrichen.

Zschokel

Leipzig, Brothausstraße 20.

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Menschen und Tieren.

Von Harald Tanckrup.

(Nachdruck verboten.)

Aber in die üben Gänge — Es rieselte ihm salt über den Allden bis zur Schwanzpflege hinab, wenn er nur an die Maus ohne Kopf dachte, die der Tage nach dort umgehen sollte. Er hatte sich nie dorthin gewagt, konnte auch keine Maus, die das je getan hätte.

Hier war der Eingang, von ihm selbst mit Papierzeichen verstopft, als er einst seine Wohnung bezogen hatte.

Schnuppernd blieb er stehen. Schon der Geruch kam ihm verächtlich vor; sein Herz klopfte, es wurde ihm richtig übel. Er war lange nicht mehr so schlecht zur Ausführung einer Heldentat aufgestellt gewesen, wie gerade heute. — Ein widerträchtiges Pech! — Es hatte Tage gegeben, an denen er seiner Meinung nach den Kampf mit der ganzen Welt aufgenommen hätte; aber heute war es ihm wahnsinnig stolz zumute.

Vielleicht war das eine Folge des leeren Magens — ja, sicher! Aber wie dem auch sein möchte, jetzt hieß es aus Werk gehen.

In blinder Wut begann er den Eingang zu den üben Gängen mit Zähnen und Zoten zu bearbeiten, so daß die Papierzeichen wie Schneeflocken um ihn her wirbelten. Und dabei brummte er ein ganz abscheuliches Lied, das ihm Mut machen sollte:

Ja, als ich jung war — du lieber Gott —
Da war das Leben nicht schwer.
Raum strecke ich eine Pfeile aus,
Kennen zwanzig daher:
Zwanzig Mausfräulein, im Hermelinhemd,
Bereit zum Hochzeitseste —.
Ja, da war ich glücklich, jung und stark,
Ah vom Spez nur das Alterbeste.
Dann wurde ich alt, grau, unscheinbar,
Mit der frohen Jugend wuchs aus.
Zu mir, dem biedern Chemann, kommt
Alle mehr eine Hermelinmaus . . .

Erschrocken über seine eigene Stimme hielt Meister Grau inne. Auch war die Papierwand schon durchbrochen, und die dumpfe Lust aus den üben Gängen schlug ihm entgegen. Es roch ganz sonderbar, aber nicht im geringsten nach einer Maus; man merkte sofort, daß diese Gänge unbewohnt waren.

Die üben Gänge! Schon in dem Namen lag etwas Abstrebendes. Man stellte sich unwillkürlich vor, sie mührten an irgendeinem Ort enden, der vielleicht über alle Parallelen führerisch war. War weiß, was für gehemdnisvolle Diere darin wohnten, ganz abgesehen von der toten Maus ohne Kopf. Der Gedanke an sie verursachte Meister Grau schon Herzklopfen.

Doch, möchte es gehen, wie es wollte, jetzt wo er die Scheidewand durchbrochen hatte, war es zu spät, sich zurückzuziehen. Am übrigen hieß es Grau auch für dringend notwendig, sein erschittertes Ansehen zu befestigen. Ein Mann muß der Herr im Hause sein; Madame sollte Respekt haben!

Mit einem kleinen Entschluß schleuderte er das lezte Stückchen Papier beiseite und lief in den üben Gang hinein. Er hörte vorwärts wie ein Reiter, der sich ins Neuer wirkt. Und dabei hatte er immer das Gefühl, daß sich jeden Augenblick etwas Entschlches ereignen, daß die Maus ohne Kopf hinter der nächsten Ecke auf ihn warten könnte.

Völlig kam ihm eine Spinne entgegengekrozt und singt an zu schreien. — Dies wäre ein Privatweg, sagte sie, Unbefugten sei der Anteil verboten.

Meister Grau freute sich, als er die Stimme eines lebenden Wesens hörte, wenn dieses auch nur eine Spinne war. Und so fragte er höflich, ob sie hier bekannt sei.

„Kennen?“ wiederholte die Spinne, indem sie ihre langen, blassen Fäden freizog. „Ich dachte schon, daß ich hier bekannt bin. Alles, was du hier siehst, ist mein. Ich habe mein Netz dort in der Ecke; aber jetzt wohne ich im Winterquartier.“

„Kommen viele Fliegen in diese Gegend?“ erkundigte sich Meister Grau verdächtig.

„O ja. Es gibt gerade keinen Überfluss, aber für bescheidene Ansprüche genügt es. Doch wo kommt du her?“

„Ich wohne hier ganz in der Nähe in einem gemütlichen kleinen Heim, das gegenwärtig durch ausßt hundrige Jungen, denen es an Nahrung fehlt, leider etwas in Unordnung ist.“

„Komm mir nicht zu nah!“ freizog die Spinne, während sie einen Fußel machte. — „Ich bin giftig, ich rate es dir im guten.“

„Wir Männer verzehren keine lebendigen Tiere,“ erwiderte Meister Grau überlegen, „wir lassen uns nur Nahrung von den Menschen zubereiten. Nach so etwas bin ich jetzt auf der Suche. Könntest du mir nicht sagen, wo die dergleichen sind?“

„Bedauere,“ antwortete die Spinne, „ich sorge für mein eigenes Wohl und lasse die andern für sich selber sorgen. Ach deine Jungen, das ist ich!“

Entsetzt schüttelte Meister Grau den Kopf. So etwas Verrücktes hatte er noch nie gehört.

„Aber vielleicht könne ich dir wenigstens sagen, wohin dieser Gang führt?“

„Immer gerade aus,“ gab die Spinne zur Antwort. „Geh nur weiter und sieh zur Decke hinauf.“

„Warum zur Decke?“

„Das wirst du schon sehen,“ erwiderte die Spinne gehemdnisvoll.

Meister Grau entwand ein leises Unbehagen.

„Es ist doch nichts mit einer Maus ohne Kopf?“ fragte er ängstlich.

„Man sagt, es sprühe hier.“

„Ich habe noch nie etwas von einem Spül bemerkt.“ entgegnete Me Spinne, „und ich habe doch mehr Augen als die meisten.“

Langsam ging Meister Grau weiter und schaute in seiner Treuerigkeit beständig in die Lust. Aber kaum hatte er ein paar Schritte zurückgelegt, so merkte er, wie der Boden unter seinen Füßen verschwand. Er alitt ein Stückchen hinab, hing einen Augenblick mit den Hinterprotopen in der freien Lust und arbeitete mit den Vorderpfoten, um sich oben zu halten — zappte — pliß in seiner Angst und kam wieder auf festen Grund.

Das Ganze hatte nur ein paar Sekunden gedauert; aber es war ein Erlebnis, das sich nicht nach der Zeit messen ließ. Meister Grau meinte, es sei eine kleine Ewigkeit gewesen. Sie hatte ihm genügt, um alles mögliche zu denken: an seine Frau sowohl wie an die zwölf kleinen und an seine alten, ehrbaren Eltern unter dem Kiesboden des Pumpeibündels.

Nichts überlegt, was eigentlich geschehen sei, hatte sich Grau nicht. Es war ihm nur wie eine Ahnung durch den Kopf gefahren, daß es sich um irgendeine neue Maus handeln müsse. Deut' aber saß er Kopflosen Herzen, da und wagte sich nicht zu rühren. Erst als er eine ganze Weile in dieser Lage verharrt hatte, wendete er sich vorsichtig um, um zu sehen, was hinter ihm liege. Und er fielte sterbend in einen trichterförmigen Rachen, in eine ganze Fällgrube, die sich zu seinen Füßen stieß.

Nun verstand er, worum ihm die heimtückische Spinne geraten hatte, den Blick auf die Decke zu richten — es war aus purer Bosheit geschehen, um ihn in eine Falle zu locken. „“

Als Meister Grau daran dachte, wie nahe er dem Tod gewesen war, schauderte er.

Seine eigene Wohnung lag, wie man sich wohl denken kann, gleich unter dem Fußboden, der zu dem ersten Stockwerk gehörte, während die üben Gänge in jene Gegend hinabführten, die den Zwischenraum zwischen diesem Boden und der Decke des Parterres bildeten.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Neues Theater (Bar und Zimmermann). Der Barbier von Sevilla. — Für Albert Kunze den richtigen Erfolgsmann zu finden, ist nicht leicht. So wirklich Kunzes Komödie noch ist, so läßt sie doch die Mängel seiner den Anforderungen des Opern- und Singspiels nicht mehr genügenden Stimme nicht vergessen. Mit Bedauern sieht man den Künstler, der in so vielen Aufführungen die Opernbesucher belustigt hat, zur unbestimmt lachenden Muße der Opernbesucher verstoßen, ohne daß man eben wegen des Zustands seiner Stimme über den Nutzen sände, ihn halten zu wollen. Die jüngere Generation der Bahnhofskasse hat im allgemeinen keine so in die Breite gehende, fastige und herbe Bühnenkomik mehr, wie sie bei den geistigeren Vertretern des Kochs oft vorhanden ist. Man trifft dafür bessere Sänger in ihr an. Seitens wird man eine höhere Gesangskunst mit besonders schlagkräftigembuffonistischem Darstellungstalent vereint finden, und will man die Suche nach einem solchen lächelnden Vertreter des Kochs anstrengen, so wird man gezwungen sein, nach diele oder jener Richtung hin einen Kompromiß zu schließen. Nielen wir auf flanfähig gut abgeschaffene Aufführungen von Meisterwerken hin, wie es Rossinis köstlicher Barbier ist, so wird auch vom Dr. Bartolo ein leicht fliegender, beweglicher, im Ensemble weder durch Freiheit der Tongabe noch Schwere anfallender Gesang gefordert werden müssen. In diesem Punkte entsiegt der von der Grazier Opernbühne kommende, als Gast auf Probe singende Oskar Pahner. Sein Koch, der vielleicht nur ein verlappter Tenor ist, hat die Fähigkeit, die vielen kleinen Noten deutlich und tonreich, lebendig und bewegt wiederzugeben, und eine klare, scharfe Textausprache kommt der musikalisch und gesanglich wohlgerungenen Partie noch zugute. Die helle Färbung des Tons schadet eigentlich nur in einigen Ensembles, wo man gelegentlich das dunkle Fundament vermisst, das gerade Bartolo dem Gesamtklang geben soll. Bei Vorhang macht sich der Mangel fröhlicher Tiefe mehr bemerkbar; wir können in der deutschen Bussooper schon eher einen gewichtigen, festigen Akzent im Gesang vertragen. War das Musikalische bei dem Gast gut aufgehoben, so zeigt sich sowohl in der Darstellung des ersten Bürgermeisters von Bett wie in der des liebherrenden, philistrischen Doktor nur ein flüchtiges und verdecktes Talent, eine gewisse Trockenheit, die es über die sorgfältige Ausführung der Anweisungen des Textes kaum hinausbrachte. Am Barbier schien der Versuch gemacht, dem Bartolo ein schärferes Profil etwa Molierescher Art zu geben, die Wirkung blieb aber ab.

Stand die Aufführung von Vorhangs Oper in jeder Beziehung auf kann mittlerer Linie, so darf die von Rossinis Barbier als eine der besten Leistungen unserer Bühne gelten. Hier musizierte unter Pohl das Orchester sauber und fein, hier entzückte mit ihren hellen, reinen Soloturen eine schlanke Rosine (Hausen-Schultheiß), tollte ein pfiffiger Figaro durch die Handlung (Poschony), sang seine schwierigen Rollen geschickt und liebenswürdig Almaviva (Eichmann) und erheiterte ein in den Stilgrenzen bleibender, drastisch gezeichnete Bassilio (Miller).

Stand die Aufführung von Vorhangs Oper in jeder Beziehung auf kann mittlerer Linie, so darf die von Rossinis Barbier als eine der besten Leistungen unserer Bühne gelten. Hier musizierte unter Pohl das Orchester sauber und fein, hier entzückte mit ihren hellen, reinen Soloturen eine schlanke Rosine (Hausen-Schultheiß), tollte ein pfiffiger Figaro durch die Handlung (Poschony), sang seine schwierigen Rollen geschickt und liebenswürdig Almaviva (Eichmann) und erheiterte ein in den Stilgrenzen bleibender, drastisch gezeichnete Bassilio (Miller).

Schauspielhaus (Der arme Heinrich). — Wer mittellos deutsch treibt, pflegt, wenn er die Anfangsschwierigkeiten überwunden, daß kleine, fromme Versöhnung Der arme Heinrich zu studieren, das der ritterliche Hartmann von Aue ums Jahr 1200 gedichtet haben mag. Und es geht dann so, wie bei der Klassikerlektion in der Schule; da noch sprachliche Schwierigkeiten zu überwinden sind und also der Pejer auf die Grammatik achtet, wirkt die kleine Legende in der Regel wie eine etwas bloße Stillitung. Anders wenn man nach Jahren zu dem Werk zurückkehrt und es von neuem im Original oder in der wunderschönen Prosaübersetzung der Gebrüder Grimm liest (die übrigens verdiente neu gedruckt zu werden), dann entzückt nicht nur die ruhige, schlichte Darstellung des frommen Mittlers; es kommt auch ein besonderes Behagen auf. Die Legende erzählt von einer reinen mannbaren Jungfrau, die ihr Blut verschenkt, um ihren Herrn, den ausßtigen Alten Heinrich, zu retten, und nun ist es wunderlich zu lesen, wie die Jungfer durchaus geschlachtet sein will, wie sie mit ihrem alten häuslichen Eltern streitet und sie schlagfertig zu überreden droht, wie sie den Arzt in Salerno, der ihr abrät, eines Haften Gesellen schilt, wie sie ihren Heinrich, als er schließlich in das Opernzimmer eintritt und die Opferung verhindert, beschwört, bittet und der Freiheit beschwadigt; man sagt sich, diese fromme Dorn ist doch ein resolute Frauenzimmer eigener Art, dessen Opferwilligkeit es wohl verdiente, einmal in der schallhaften Art des Gottfried Keller dargestellt zu werden. Man kann ein sehr wettliches Vergnügen an dieser frommen Geschichte haben, die der mittelalterliche fromme Dichter in schlichtester Sprache erzählt.

Gernhart Hauptmann aber hat an der Geschichte kein wesentliches Vergnügen gehabt, als sie ihn zum Nachschaffen und Umdichten angeregt. Ihm reizte es, die furchtbare seelische Verzerrung auszumalen, die den Mittler überfallen nutzt, als ein am Lebendzimmer zeigendes Veiden ihn von Pracht und Glanz der Welt ausschließt, und die seelische Entwicklung anzugeben, die ihn zunächst dazu bringt, nach heftigem Widerstreben in das Opfer des Kindes zu willigen. Der mittelalterliche Dichter, der mehr an die Schönheit des Geschehens als an ihre Begründung denkt, braucht nicht viel Worte dafür. Hauptmann braucht vier Akte, um Heinrich von der Erkenntnis des Siechtums über Melancholie, wilde Verzweiflung bis zu der Erneuerung der wilden Lebendigkeit zu bringen, in der er wilderlos nach der sich darbietenden Rettung greift. Und in der Entwicklung dieser ersten vier Akte, die also ganz Hauptmanns Eigentum ist, liegt denn auch die eigentliche Bedeutung des Werks, die leider in der Aufführung nicht ganz zutage tritt, da Mederow von 3. Akt an die Kraft der Rede und der Verkörperung abging, nachdem er in den ersten Alten Vorstudien der Verzweiflung in überzeugend herbemilde festgehalten hatte.

Wer nicht nur, daß Heinrich dazu kommt, das Opfer anzunehmen, muß sich Hauptmann auf eine Faust zu begründen, er will auch unverständlich zeigen, wie das Mädchens, das er Opfergefaß, zum Opferentschluß kommt. In der mittelalterlichen Erzählung erwähnt die Liebe der Jungfrau ganz einfach aus dem Misseld mit dem Kranken, und ihr Opferentschluß ist eben Aussluß ihrer frommen Gemüthsart. Hauptmann erklärt die Liebes- und die fromme Opferleidenschaft aus physiologischen Inständen und läßt sie eng miteinander verknüpft sein. Das Kind ist kein tapferes Bauernmädchen mehr wie bei Hartmann von Aue, sondern eine kleine hysterische Dunder, die verzückt in Frömmigkeit wie in Liebe schwelgt, eine dem armen Hannele verwandte Gestalt. Auch hier gilt, daß Hauptmann mit äußerster Akribie am Aufbau der Gestalt gearbeitet hat.

Was ist nun aber der Erfolg all dieses Aufwands? Vor allen Dingen der, daß nach diesen gewaltigen Anstrengungen der Abschluß entzündlicher muss. Daß einer von seelischer Verzerrung geheilt wird durch die Kraft der Gabe eines Menschen, das glauben wir wohl; nicht aber, daß schweres physisches Leiden dadurch behoben wird. Sagen wir für Aussay Syphilis, und das unmöglich der Wirkung des Geschlechts braucht nicht mehr betont zu werden. Die mittelalterliche Legende konnte noch die physische Heilung behaupten; das religiöse fühlten der Art und die mangelhafte Kenntnis der Leidens des menschlichen Körpers gestatteten das. Ein moderner Dichter, und mag er noch so ironisch sein, kann gerade hier, wo Hauptmann an der Legende zurückkehrt, dem mittelalterlichen Vorläufer unmöglich folgen. Aber selbst wenn er es könnte, er müßte doch min, wenn er wie Hauptmann begonnen, den Prozeß der seelischen Heilung ähnlich vorführen wie den der Erkrankung. Niemand willst natürlich zu sehn, wie Ottengebe auf dem Operationstisch liegt und der Ritter bereitstirbt, sie zu retten, wohl aber möchten wir wenigstens den entscheidenden Durchbruch der geistigen Gesundung miterleben, nicht nur im süßen Alt-Festgepränge und Hochzeit, rückschauendes Denken und stolze Vorhaben. Aber freilich, wir wissen auch, daß dies nicht geschehn kann, solange der Ausführlie auch körperlich genesen soll. Daß er in Melancholie, Verzweiflung, Würdelosigkeit versinkt, glauben wir, da wir die verzehrende Krankheit immer weiter wirken wissen. Daß er wieder zu heller Lebensfreude, zum festen Glauben an Welt und Menschen erwacht und den Mut gewinnt, ein Menschenleben an das seine zu setzen, glauben wir niemehr, ein Menschenleben, da wir eben auch hier immer an die unheilbare Krankheit denken müssen. Es ist hier nichts zu ändern: solange der Ausgang der Legende nicht radikal umgestaltet wird, muß aller Ausbau und alle Vertiefung ihres Beginns schlechlich nichts. Erfüllungsgläubig und Außahselung lassen sich in unserer Zeit nicht mehr vertragen.

Es ist denn auch von Anfang an das Schicksal des Hauptmannschen Armes Heinrichs gewesen, daß ihm der entscheidende Erfolg verlustig blieb. Heute, wo Kunst und Kunst wieder besonders hoch in Auge steht, mög Wirkung vorhanden sein, weiter mit dem Dichter zu gehn als 1902; ihm bis ans Ende zu folgen, schenkt doch über die Kraft zu gehn. Die äußere Wirkung des Stücks kann aber stärker sein als am Sonnabend, wenn der Darsteller des Heinrichs dessen bewußt ist, daß ungeheuer viel rhetorik, Wortpraxis, in den Philosophieren, Verzweifeln und Jubeln des Helden steht, der durch glänzende Verzerrung zur Geltung gebracht werden muß — etwas, was Herrn Mederow nicht liegt (in andern Fällen sonst man sagen: erfreulicherweise). Auch die Ottengebe verträgt mehr Rhetorik, als Rose Mittsch aufbringt, die cärtigt den Anweisungen des Dichters folgt, aber immer wie ein reizvolles, städtisches Weltbild, das sich mit rückschreinem Elter zwang, halbwüchsig und veralzt zu tun. Möge sie bald vor Aufgaben gestellt werden, in denen sie können frei entfalten kann.

Neues Theater. Dienstag, 7 Uhr: Carmen. Mittwoch, 7 Uhr: Johanna. Donnerstag, 7 Uhr: Die Braut von Messina. Freitag, 7 Uhr: Adelio (Ortlieb: Hans Knappertsbusch). Sonnabend, 7 Uhr: Pierrot's erster Ball; Mon. 8 Uhr: Die lustigen Welten von Windsor. Montag, 8. Dezember, 7 Uhr: Die Tante aus Sparta. — Altes Theater. Dienstag, 7/8 Uhr: Die verlorne Tochter. Mittwoch, 7 Uhr: Torquato Tasso (volksstückliche Vorstellung). Donnerstag, 7 Uhr: Der Kaufmann von Venezia (neu einstudiert). Sonntag, 7/8 Uhr: Die verlorne Tochter. Montag, 8. Dezember, geschlossen. — Neues Operntheater. Dienstag, 7/8 Uhr: Die verlorne Tochter. Mittwoch, 7/8 Uhr: Das Dreimüllerhaus. Sonnabend, 7/8 Uhr: Hanuschka. Sonntag, 7/8 Uhr: Das Süße Wädel. Montag, 8. Dezember, 7/8 Uhr: Der fidelle Bauer (volksstückliche Vorstellung).

Leipziger Schauspielhaus. Dienstag, 7/8 Uhr: Klubleute. Mittwoch, 7/8 Uhr: Der arme Heinrich. Donnerstag, 7/8 Uhr: Klubleute. Freitag, 7/8 Uhr: Klubleute. Sonnabend, 7/8 Uhr: Lanzelot und Sandrine. Sonntag, 7/8 Uhr: Und Vivien tanzt (Einheitspreise). 7/8 Uhr: Der arme Heinrich. Montag, 8. Dezember, 7/8 Uhr: Lanzelot und Sandrine. Dienstag, 8. Dezember, 7/8 Uhr: Der arme Heinrich.

Battenbergtheater. Dienstag, 8 Uhr: Wessen Bild trägst du im Herzen? Mittwoch, 7/8 Uhr: Peterle, der Schusterbub, 8 Uhr: Wessen Bild trägst du im Herzen? Donnerstag, 8 Uhr: Eine Frau ohne Herz (Erstaufführung); Venetia des Oberspielswarts Gustav Köderich. Sonnabend, Sonntag, 7/8 Uhr: Peterle, der Schusterbub, 8 Uhr: Wessen Bild trägst du im Herzen?

Konzerte und Vorträge. Dienstag, 8 Uhr, im Kaufhaus: Brahmszyklus, 2. Abend (am Besten noideender Musiker). Sonnabend, 7/8 Uhr, im Kammermusiksaal des Centraltheaters: Tanz- und Recitalsabend von Grete Hofmann und Johannes Cotta. — Sonntag, 7/8 Uhr, in der Albertshalle: Großes Vocal- und Instrumentalkonzert für das Arbeiterbildungsinstitut; 7 Uhr, im Kammermusiksaal des Centraltheaters: Peterle Abend von Josef Plautz. — Dienstag, 4. Dezember, 7/8 Uhr, im Kaufhaus: Viererabend von Wilma Lamme. — Sonntag, 9. Dezember, 7 Uhr, im Kaufhaus: Zweites Konzert des Klingler-Streichquartetts.

Wie ein Engländer vor 81 Jahren nach Deutschland slog. Am 7. November 1836, also vor 81 Jahren, brachte ein Luftballon von London aus das fertig, was die Engländer jetzt, allerdings im großen Maßstab und an andern Zwecken, zu tun wünschen, nämlich über das weit nach Deutschland hinein zu fliegen. Damals war bei ihrem glücklichen Abschluß auf deutschem Boden in einer Weise gesiegt, die von den Engländern mit größter Dankbarkeit öffentlich anerkannt wurde. Nach einer Schilderung, die Geh. Rat Max Beitel in der Frankfurter Wochenschrift „Wochenspiegel“ gibt, wollte der Luftballon Wiesbaden mit drei Luftschiffen eine Fernfahrt anführen, die sich so weit als irgend möglich erstrecken sollte. Man rechnete auf eine Landung bei Paris oder auf belgischem oder holländischem Boden und hatte demgemäß auch nur